

Gerechte Strafe für einen Ratten-, Katzen-
und Hunde-Schlachter.



Hunde. Katzen,
Ratten:

Sülzeskandal

in Hamburg



Geschichtswettbewerb
des Bundespräsidenten

Jugendliche forschen vor Ort

Ein Beitrag für den Geschichtswettbewerb des
Bundespräsidenten 2011 von:

GERLIS VON HAUGWITZ

TABEA HUTH

SOPHIE JAHNKE

MONA LAMPE

ALEXANDER LOSTER

BIRTE OHM

SIMON SPECK

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Zeitgeschichtliche und politische Einordnung.....	4
2.1 Politische Situation Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg.....	4
2.2 Die Nahrungsmittelnot und instabile Politik Hamburgs seit 1914.....	6
3. Die Ereignisse im Juni 1919.....	9
3.1 23. Juni 1919 – Der Auslöser „Heil & Co.“.....	9
3.2 24. Juni 1919 – Zuspitzung der Unruhen.....	13
3.3 25. Juni – Kampf gegen die Bahrenfelder.....	18
3.4 Politische Folgen der Sülzeunruhen.....	24
4. Die Sülzeunruhen – ein kommunistischer Umsturzversuch?.....	25
6. Anlagen.....	31
6.1 Kurze chronologische Übersicht.....	31
7. Anhang.....	33
7.1 Abbildungsnachweis.....	33
7.2 Quellenverzeichnis.....	33
7.2.1 Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StaHH).....	33
7.2.2 Zeitungen.....	33
7.3 Literaturverzeichnis.....	34
7.4 Quellentexte.....	35
7.4.1 Bericht des Polizeihauptmannes Dithmer über die Juniunruhen.....	35
7.4.2 Bericht Fred S. Baumann.....	40
7.4.3 Ausschussbericht.....	44
7.5 Das Lied von der Sülze.....	50
8. Arbeitsbericht.....	51

1. Einleitung

Am 23. Juni 1919 platzt vor der Fleischwarenfabrik „Heil&Co“ beim Verladen ein Fass mit übel riechenden Fleischabfällen. Schnell sammelt sich auf der Straße eine Menschenmenge an. Als in den Fabrikräumen weitere von einer Schimmelschicht überzogene Tierhäute gefunden werden, geht die Menge davon aus, dass die Kadaver zur Produktion der „Heil'schen Delikatesssülze“ verwendet werden. Der Besitzer der Fabrik wird gewaltsam aus seinem Kontor geschleppt und auf den Rathausmarkt gebracht. Dort kann er nur knapp der Lynchjustiz entgehen. Am darauffolgenden Tag werden weitere Sülzefabriken der Stadt von der Volksmenge gestürmt. Auch das Kriegsversorgungsamt wird angegriffen. Wieder finden Protestaktionen auf dem Rathausmarkt statt. Die Arbeiter der Fabriken werden auf Wagen durch die Innenstadt gefahren und gezwungen, die selbst hergestellte Sülze zu essen. Auch werden Stücke verdorbenen Fleisches als Beweismittel zur Schau gestellt.

Polizei und Volkswehr versuchen verzweifelt, die Menschenmenge vom Rathaus fernzuhalten. Der Stadtkommandant zieht eine freikorpsähnliche Truppe, das „Bahrenfelder Jägerbataillon“ zur Verteidigung hinzu. Als die Truppen am Rathausmarkt angelangen, eskaliert die Situation. Es fallen Schüsse und die Unruhen fordern ihre ersten Opfer. Die Kämpfe dauern die ganze Nacht lang an. Der Belagerungszustand über Hamburg, Wandsbek und Altona wird verhängt.

Am 25. Juni wird ein Waffenstillstand vereinbart. Unerwartet fallen jedoch wieder Schüsse. Als die entwaffnete Bahrenfelder Truppe zum Abzug bereitsteht, geraten sie unter Beschuss. Während der Unruhen kommen 14 Bahrenfelder ums Leben.

Um die Ordnung in Hamburg wiederherzustellen, wird sogar die Reichsregierung alarmiert, indem Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck vom Reichswehrminister Gustav Noske in die Stadt berufen wurde. Der Belagerungszustand wird erneuert und sowohl die militärische als auch die zivile Gewalt in Hamburg geht auf Lettow-Vorbeck über.

Der Belagerungszustand wird erst am 1. September 1919 wieder aufgehoben.

Bei den Sülzeunruhen vom Juni 1919 handelt es sich um einen Skandal, welcher trotz seiner gravierenden Folgen in Vergessenheit geraten ist. Kaum ein Hamburger weiß von der Sülzeproduktion aus Fleischabfällen, den Rathauskämpfen und den vielen Toten. Trotzdem sind in Hamburg noch immer Spuren dieser Geschehnisse zu finden. Zwei recht unauffällige Gedenktafeln erinnern an die Trauer über die Gefallenen aber auch an deren Verherrlichung.

Waschechte Hamburger können sich noch an das „Lied von der Sülze“ erinnern, das sich mit dem Skandal befasst.¹

Im Übrigen handelt es sich beim Sülzeskandal um einen Lebensmittelskandal, wie er in ähnlicher Form heute noch vorkommt. Ähnlich wie im Zusammenhang mit dem aktuellen Dioxin-Skandal oder dem Gammelfleischskandal im Jahre 2005 entstand auch 1919 große Empörung über die offensichtlich unzureichenden staatlichen Kontrollen der Nahrungsmittel herstellenden Betriebe. Die Unruhen gehören in die unruhige Zeit der Weimarer Republik zwischen 1918-20. In dieser Zeit kamen auch in Hamburg eine Vielzahl von Unruhen und Putschversuchen sowohl von Linksradikalen als auch von konservativen Nationalen vor, die die gesamte junge demokratische Republik erschütterten.

Vor allem Kommunisten wurde die Verantwortung für die Sülzeunruhen zugeschrieben. An diese Wertung wurde während der nationalsozialistischen Diktatur angeknüpft.

Aber waren die Unruhen wirklich kommunistisch organisiert? Handelte es sich um einen Versuch zur „zweiten Revolution“? Bestand eine Gefahr für die Hamburgische Regierung oder sogar für die junge Weimarer Republik?

1 Der Liedtext liegt der Arbeit bei.

2. Zeitgeschichtliche und politische Einordnung

2.1 Politische Situation Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg änderte das Verhältnis der politischen Werte; nach anfänglicher großer Kriegsbegeisterung schwand nach vier langen Kriegsjahren, dem „Kohlrübenwinter“ und Millionen von Toten die Popularität des Kaisers und des monarchistisch geprägten Staatssystems „von Gottes Gnaden“ auf einen Tiefpunkt. Der Streik der Kieler Matrosen markierte den Beginn eines reichsweiten politischen Umsturzes zumeist in den Hauptstädten der deutschen Teilstaaten. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen zeitweise die politische Führung. Offiziell hatte der Rat der Volksbeauftragten die Leitung des Reiches inne, welches am 09.11.1918 durch Philipp Scheidemanns Ausruf: „Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik.“ am Balkon des Reichstagsgebäudes zur ersten deutschen Republik wurde. Die SPD unter Friedrich Ebert, als erstem Reichspräsidenten, übernahm die Führung der Weimarer Republik. Diese erste demokratische Staatsform in Deutschland war von Anfang an durch rechts- und linksextreme politische Gruppierungen existenziell bedroht. Ultrakonservative monarchistische Gruppierungen unter der Führung von hohen Offizieren suchten beispielsweise im Kapp-Putsch vom 13. bis 17.03.1920 eine Restaurierung des autoritären kaiserlichen Regimes zu erreichen. Die KPD ihrerseits versuchte einen Umsturz nach sowjetischem Vorbild zu erzwingen, für die SPD war die Bedrohung seitens der KPD besonders bitter, waren doch einige namhafte Mitglieder einst Angehörige der SPD gewesen. 1917 spaltete sich von der SPD der Spartakusbund unter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ab, da sie nicht mehr der Politik des „Burgfriedens“ folgen wollten. Aus dem Spartakusbund bildete sich die USPD welche ihrerseits zur KPD wurde. Die bedingungslose Annahme des Versailler Vertrages, welcher die alleinige Kriegsschuld Deutschlands festschrieb, diskreditierte insbesondere in den Augen der Konservativen die republikanische Staatsform von vornherein. Die astronomisch hohen Reparationszahlungen sowie die territorialen Verluste wurden von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung als Demütigung empfunden und somit zugleich zu einer schweren politischen Hypothek, welche die junge deutsche Republik zu tragen hatte. Die in den Augen der meisten Deutschen ohnehin als Schmach angesehenen Bedingungen des Versailler Vertrages wurden mit der scheinbaren Unfähigkeit der wechselnden Kabinette, Deutschland politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren, im Bewusstsein verknüpft, was letztendlich zur Ablehnung der republikanischen demokratischen Staatsform führte.

Nach der Beendigung des ersten Weltkrieges wurde die erste deutsche Republik von zwei politisch extremen Kräften bestimmt: den radikal links geprägten Kräften mit der Bestrebung eine Räterepublik zu gründen und den ultrakonservativen, monarchistischen Kräften, welche die Restaurierung des Kaiserreiches anstrebten. Zwischen diesen beiden Extremen versuchten die Sozialdemokraten in der Nationalversammlung die erste deutsche Republik auf einer parlamentarischen Grundordnung zu etablieren.

Dieses Vorhaben stand im Gegensatz zu den Zielen der links radikalen USPD. Diese strebte an, dass das Volk zwar wählen soll, aber nicht wie in der parlamentarischen Demokratie Repräsentanten, sondern sie präferierten Direktwahlen nach sowjetischem Vorbild. Die daraus resultierende Räterepublik bestand aus der Idee, dass Funktionsträger, die jederzeit abgesetzt werden konnten, aus den Betrieben mittels Mehrheitsbeschluss, gewählt werden sollten. Eine Politik auf solchen Grundpfeilern ruhen zu lassen, war mit einem nicht unerheblichen Risiko behaftet, da die nächst höhere Ebene direkt von der darunter abhängig war. Somit war das politische System instabil und in den Augen der meisten Deutschen nicht geeignet, um eine junge Republik zu tragen. Die Folge der politisch sehr gespalteten Lager der USPD und SPD war, die tätliche Auseinandersetzung, die sich in Form von Putschversuchen und Aufständen äußerte, zu denen auch der Spartakusaufstand in Berlin, der sich im Januar 1919 ereignete, gehörte.

Auch der Unmut über die Lebensmittelknappheit spaltete die Bevölkerung in verschiedene politische Interessengruppen. Nach der Heimkehr physisch und/oder psychisch beeinträchtigter Soldaten war es seitens des Staates nicht mehr möglich, für die gesamte Bevölkerung zu sorgen.

Kam ein Verkrüppelter oder psychisch traumatisierter Soldat zurück zu seiner Familie und war nicht mehr in der Lage beim Bestellen der Felder o.ä. zu helfen, so war er ein Hindernis für die gesamte Familie. Wenn aber die Familie es nicht schaffte für den Soldaten zu sorgen, war dieser auf die Fürsorge durch den Staat angewiesen. Bei der Vielzahl der Kriegsverwundeten war dies für den Staat eine nicht zu realisierende Aufgabe.

Auch dass die Industrie hauptsächlich auf Kriegsproduktion eingerichtet war, um eine bestmögliche Versorgung des Soldaten im Krieg zu gewährleisten, trug nicht zur Besserung der Lebensmittelknappheit bei. Die politisch angespannten Probleme und die Unterversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln war nicht nur auf Reichsebene ein Problem. Auch in Hamburg gab es politisch begründete Unruhen, die in Folge von Lebensmittelknappheit entstanden.

2.2 Die Nahrungsmittelnot und instabile Politik Hamburgs seit 1914

Schon seit Kriegsbeginn waren die Lebensmittel in Hamburg knapp und Hunger war an der Tagesordnung. Hierfür gab es viele Faktoren, darunter der Mangel an männlichen Arbeitskräften, sowie die daniederliegende Agrar- und Viehwirtschaft. Zudem gab es keine feste Organisation der Nahrungsmittelverteilung. Im zweiten Kriegsjahr verschärfte sich die Lage zunehmend. Die Nahrungsmittel wurden nun nach und nach rationiert und Brotkarten wurden ausgegeben. 1916 folgten auch Fleisch-, Zucker-, Milch-, und Butterkarten. Im selben Jahr wurde das Kriegsversorgungsamt eingerichtet, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln besser organisieren zu können. Zudem wurden Kriegsküchen zur Befriedigung der Zivilbevölkerung eingerichtet. Im Laufe der Zeit entwickelte sich auch in Hamburg ein Schwarzmarkt für Lebensmittel, wo die Nahrung zu übersteuerten Preisen angeboten wurde. Diesen Beschaffungsweg konnten sich aber nur besser verdienende Bürger leisten. Für die Lebensmittelnot wurden die zuständigen Behörden vom Volk verantwortlich gemacht. Dies hatte zwangsläufig zur Folge, dass Hungerunruhen ausbrachen.

In den Arbeitervierteln Barmbek und Hammerbrook kam es bereits am 18. und 19. August 1916 zu den ersten größeren Hungerprotesten, bei denen Brotgeschäfte geplündert und zum Teil auch zerstört wurden. Die Unruhen waren so massiv, dass Polizei und Armee einschreiten mussten um sie zu beenden. Den Hamburgern stand die größte Not jedoch noch bevor. Die Ernte des Jahres 1916 war so schlecht, dass im Winter 1916/17 weitere Rationierungen nötig waren. Ausfälle bei der Kartoffel- und Getreideernte hatten zur Folge, dass in den Kriegsküchen lediglich Suppe aus Kohlrüben angeboten werden konnte. Der Winter ging als „Steckrübenwinter“ in die Geschichte ein. Die Bevölkerung ging im Januar und Februar nochmals auf die Straße, um für die Verbesserung der Lebensmittellage zu protestieren. Wer die Möglichkeit hatte, fuhr aufs Land hinaus um dort Nahrungsmittel direkt von den Landwirten zu kaufen. Die Proteste in der Stadt nahmen kein Ende, sondern wurden zunehmend gewaltsamer.

Am Ende des Jahres 1917 kam es zu weiteren schweren Unruhen. Am 27. Dezember wurde der Alsterpavillon geplündert und 4 Tage später eskalierte die Gewalt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei mit mehreren Toten und Verwundeten. Erst als Friedensdemonstrationen stattfanden und die Stadt Kredite für die Unterhaltung der Krieges verweigerte, erfolgte eine leichte Beruhigung der instabilen Lage Hamburgs.

Im Jahre 1918 brach vor Ende des 1. Weltkrieges die Novemberrevolution aus. Selbstverständlich blieb auch Hamburg davon nicht unbetroffen. Die Regierung wurde von Arbeiter- und Soldatenräten abgesetzt, mit dem Ziel, die Lage Hamburgs zu verbessern und somit die Sympathien der Hanseaten zu gewinnen.

Die politische Lage Hamburgs war bestimmt durch instabile Verhältnisse auf den Straßen der Stadt. Dies wurde durch den Umstand, dass der Arbeiter- und Soldatenrat aus zwei Interessengruppen bestand, herbeigeführt. Der Rat bestand zum einen aus der linksliberalen SPD, zum anderen aus USPD-Anhängern und parteilosen Linksradikalen. Der Vorsitzende des Rates war der spätere Parteivorsitzender der KPD, welche sich am 1. Januar 1919 aus der USPD und den Linksradikalen gebildet hatte, da es bis dahin keine Partei gegeben hatte, die sich für das kommunistische Räteresystem wie es sich während der Oktoberrevolution im ehemaligen Zarenreich Russland etabliert hatte, aussprach.

Die Hoffnung der Bevölkerung auf eine Entspannung der Lebensmittelsituation konnte jedoch auch der Rat nicht erfüllen. Weitere Unruhen standen bevor. Die alliierte Seeblockade, die die Nahrungsmittelversorgung zusätzlich erschwerte, war immer noch nicht gelöst worden. Es kam zu weiteren Protesten und in Verbindung mit der instabilen politischen Lage zu weitaus stärkeren Auseinandersetzungen. Der Januar 1919 war geprägt durch Aufstände und Hungerproteste. Anhänger der SPD und KPD lieferten sich Straßenschlachten und es gab Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Der Kampf zwischen den beiden politischen Lagern gipfelte in der Besetzung des Gewerkschaftshauses und mehreren Straßenschlachten. Die SPD-Anhänger gewannen diese Kämpfe und die Parteispitze kündigte kurz darauf Neuwahlen der Bürgerschaft am 16. März an, welche sie auch mit 50,46 % gewann. Dennoch bildete sie eine Koalition mit der DDP, welche die zweitstärkste Partei war (36,29%).

Das immer noch vorhandene Problem der Nahrungsmittelknappheit konnte aber auch die neue Regierung nicht lösen. Zusätzlich waren politisch motivierte Angriffe des linken Flügels an der Tagesordnung. Ein weiteres schwerwiegendes Problem der Hamburger Politik bestand im Mangel an Sicherheitskräften wie Polizisten und zuverlässigen Volkswehrmitgliedern. Die Sicherheitslage in der Hansestadt blieb folglich weiterhin labil. Den immer noch üblichen Plünderungen konnte kein Einhalt geboten werden.

Während der Osterunruhen am 20. und 21. April 1919 überfielen die zahlenmäßig überlegenen Aufrührer Polizeistationen in Wandsbek und Hamburg. Wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Am 24. April wurde durch Walter Lamp¹, den Kommandanten von Groß-Hamburg, der Belagerungszustand verhängt. Damit ging die zivile Gewalt auf den Kommandanten über. Zur Verstärkung der Sicherheitskräfte zog dieser das „Bahrenfelder Jägerbataillon“ heran. Das „Bahrenfelder Jägerbataillon“ war eine freikorpsähnliche Truppe, die aus Dauer- und Zeitfreiwilligen bestand. Sie setzte sich zu zwei Dritteln aus bürgerlichen Weltkriegsoffizieren zusammen.

Weitere Plünderungen sollten durch Ausgangssperren verhindert werden. Diese Maßnahmen zeigten Erfolg, sodass am 30. April 1919 der Belagerungszustand durch Lamp¹ wieder aufgehoben wurde. Während der Osterunruhen kam es 560 Diebstählen und Plünderungen. Es gab insgesamt 20 Verwundete und 8 Tote. Die Lage in Hamburg hatte sich beruhigt, bis am 23. Juni 1919 der Skandal um die von Johann Jakob Heil hergestellte Sülze noch erheblich größere Unruhen auslöste.

3. Die Ereignisse im Juni 1919

3.1 23. Juni 1919 – Der Auslöser „Heil & Co.“

Die Hamburger Sülzeunruhen begannen am Morgen des 23. Juni. Vor den Fabrikationsgebäuden der Firma „Heil & Co.“ in der Kleinen Reichenstraße wurden Fässer mit Fleischabfällen verladen. Dabei nahm eines dieser Fässer Schaden. Schnell versammelte sich aufgrund des bestialischen Gestankes, den der Inhalt des Fasses verströmte, eine kleine Gruppe von Arbeitern vor der Heil'schen Fabrik. Es wurde behauptet, die verladenen Abfälle würden zur Sülzeproduktion verwendet. Tatsächlich aber waren die Abfälle für die „Landleute in Ochsenwerder“, einem Dorf im Landgebiet südöstlich der Innenstadt, zur Verwendung als Düngemittel vorgesehen.

Die Menge vor der Fabrik vergrößerte sich rasch. Zufällig waren auch Mitglieder des Arbeiterrates und der Preisprüfungsstelle anwesend, die sich anboten, „die Sache zu untersuchen“². Während der Besichtigung der Kellerräume, in denen die Sülzeproduktion stattfand, holten sie ein Stück Fleisch aus einem Bottich und es sollen die Worte: „Hurra! da haben wir ja einen Hundekopf!“ gefallen sein.³ Die sich draußen ansammelnde Volksmenge begann nun, das Gebäude zu stürmen, „um sich von dem Zustand der zur Verarbeitung kommenden Stoffe zu überzeugen“.⁴ Es gingen Gerüchte um, „es würden dort Hunde, Katzen, Ratten, die man dort gefunden habe, zu Sülze verarbeitet“. Tatsächlich fand die Menge „Haufen von Fellen und Häuten“ vor, welche „mit einer dicken Schimmelschicht überzogen waren“.⁵ Es stand also fest, „dass der Heil'sche Betrieb ein unsauberer und aller Reinlichkeit hohnsprechender war.“⁶ Die Empörung der Massen drückte sich in roher Gewalt gegen den Fabrikhaber Johann Jacob Heil aus: „Die Menge stürmte das Kontor und misshandelte Heil in der übelsten Weise, desgleichen seine Kontoristin. [...] Immer wilder schien die Masse, immer rasender tobte sie und wollte ihre Opfer haben“⁷.

2 nach der Rekonstruktion im Urteil Heil, in: StaHH, 213-3, D1954-13, [im Folgenden: Urteil Heil, StaHH, 231-3, D1954-13]

3 ebd.

4 Bericht des Polizeihauptmanns Dithmer v. 9.8.1919, in: StaHH, 121-3 I, C727 [im Folgenden: Dithmer, StaHH, 121-3 I, C727]

5 Urteil Heil, StaHH, 213-3, D1954-139

6 Becker, Oberleutnant Eduard: Die Geschichte der Bahrenfelder in der Revolutionszeit; in: StaHH, 731-6 Zeitgeschichtliche Sammlung, IV.1, [im Folgenden: Becker, StaHH, 731-6, IV.1]

7 ebd.

Der Versuch der Polizeimannschaften, Heil mithilfe eines Krankenwagens in Sicherheit zu bringen, scheitert: „Die Pferde des Krankenwagens, die den zerschundenen Heil wegführen sollten, wurden von der johlenden Menge abgespannt und der Wagen nebst Insassen von dieser auf den Rathausmarkt gezogen.“⁸



Die wütende Volksmenge wirft den Sülzeproduzenten in die Kleine Alster, ein Fleet in der Nähe des Rathausmarktes. Heil konnte jedoch gerettet und von Volkswehrmannschaften in das Rathaus gebracht werden. Nach kurzer medizinischer Versorgung wird er ins Polizeigefängnis gebracht.⁹

Abbildung 1: Satirische Postkarte

Der Rathausmarkt wurde zu einem zentralen Schauplatz der Unruhen, da das Rathaus in Hamburg das Zentrum der politischen Macht darstellte. Auch hatten sich während der Revolutionszeit dort die sogenannten „Debattierklubs“ herausgebildet, Gruppen von Personen, die über die Hamburgische Politik diskutierten und vor dem Rathaus Forderungen stellten. So war der Rathausmarkt auch zum Zentrum der Meinungsbildung geworden.¹⁰

Unter dem Volk wurde große Empörung über die unzureichende staatliche Kontrolle in der Lebensmittelfabrikation laut, so schreibt die Hamburger Volks-Zeitung am 24.Juni 1919: „Das Merkwürdige ist bei dieser Schweinerei, dass keine Behörde [...] etwas von diesen Dingen gemerkt hat.“¹¹

8 ebd.

9 Dithmer, StaHH, 121-3 I, C727

10 siehe Philipski, Sven: Ernährungsnot und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919, Hamburg 2002

11 Hamburger Volks-Zeitung v. 24.Juni 1919

In der Kommunistischen Arbeiterzeitung heißt es: „Wie ist es möglich, muss man sich fragen, dass Fabriken, in denen Abfälle zu Nahrungsmitteln verarbeitet werden, nicht unter dauernder Kontrolle stehen. Jede Woche nur eine unvermutete Kontrolle hätte genügt, die Schweinereien nicht erst aufkommen zu lassen. Wer hat im Falle Heil die Anzeigen absichtlich oder fahrlässig wertlos gemacht? An wie vielen Stellen bestehen nun noch solche Pesthöhlen, in denen die Volksgesundheit systematisch ruiniert wird?“¹²

Am 24. Juni wurden von der Volksmenge weitere Fleischwarenfabriken überprüft. Auch deren Inhaber und Arbeiter sind auf dem Rathausmarkt zur Schau gestellt worden. Ebenso wurde das Kriegsversorgungsamt gestürmt. Dazu schreibt Lippmann, der Leiter des Amtes, folgendes:

„Eine große Menschenmenge zog johlend vor die Geschäftsräume der Fleischabteilung des K.V.A. [Kriegsversorgungsamtes] in der Ferdinandstraße und alsdann vor das Hauptgebäude des Amtes am Großen Burstah. Sie drang in das Gebäude ein und zwang die Angestellten, das Gebäude zu verlassen. In vielen Geschäftszimmern wurden die Akten durcheinander geworfen und Aktenbündel aus den Fenstern geschleudert. Der leitende Beamte des Amtes wurde misshandelt und von der Menschenmasse schließlich gezwungen, mit ihr nach dem Rathausmarkt zu kommen, um sich dort dem „Volk“ gegenüber zu verantworten.“¹³

Viele der von der Volksmenge misshandelten „Verantwortlichen“ konnten durch die Polizei befreit und in Sicherheit gebracht werden.¹⁴

Die Empörung der Menge wurde immer weiter gesteigert durch Gerüchte: Man sagte, Heil zahle seinen Mitarbeiterinnen eine hohe Summe an Schweigegeld.¹⁵ Johann Jacob Heil war hauptberuflich Gerber und handelte folglich mit Tierhäuten. In der gerichtlichen Urteilsbegründung heißt es: „Die Nahrungsmittelnot im Kriege gab ihm vor etwa 1 ½ Jahren den Gedanken ein, die Kopfhäute von Rindern und Kälbern, wie sie sich an den in seinem Handel vorkommenden Fellen fanden, ähnlich wie die frischen auf den Schlachthöfen in gleicher Weise verarbeiteten Häuten zur menschlichen Ernährung zu verwenden. Heil bezog aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands von Haut- und Fellhändlern Rohmaterialien, und zwar neben Kalbs- und Rinderköpfen auch Klauen, Hufe, Hörner, Schweife, Haare, Mähnen, Fischhäute, Lederabfälle.

12 Kommunistische Arbeiterzeitung v. 24. Juni 1919

13 Lippmann, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit, aus dem Nachlass hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964, S. 255

14 nach Becker, StaHH, 731-6, IV.1

15 Hamburgischer Correspondent v. 24.6.1919, morgens

Mit den so bezogenen Waren trieb er einerseits Handel in Rohhautprodukten, andererseits, und zwar überwiegend, Lebensmittelhandel.¹⁶ Die Nahrungsmittelproduktion war als Nebenverdienst entstanden, wurde jedoch bald zum Hauptgeschäft Heils. Neben der Sülze wurden auch zu Lebensmittelzwecken hergerichtete Kopfhäute vertrieben.

Wie oben bereits erwähnt, konnte nicht festgestellt werden, dass in der Heil'schen Fabrik Katzen, Ratten oder Hunde verarbeitet worden seien, wie es Gerüchten zufolge der Fall gewesen sein soll. Heil verarbeitete jedoch keinesfalls unbedenkliche Rohprodukte: „Zahlreiche der von dem Angeklagten bezogenen Felle waren durch ihren fauligen, stinkenden, widerlichen Zustand bereits verdorben [und] steckten bei enger, langer Lagerung und bei der Versendung noch die gute Ware an.“¹⁷ Heil nahm Sortierungen der Rohmaterialien „unter dem Gesichtspunkte vor, welche Stücke frisch und ansehnlich genug waren, um ohne weiteres bearbeitet zu werden (Frische Köpfe) und welche Stücke, infolge fauliger, riechender, matschiger Beschaffenheit einer vorherigen Behandlung mit Kalk (gekalkte Köpfe) ausgesetzt werden sollten.“¹⁸ Durch die Kalkbehandlung verbesserte sich lediglich die äußere Erscheinung der Häute. An ihrer Verdorbenheit änderte diese Art der Behandlung jedoch nichts. „Es wurden zwei Sorten [Sülze] angefertigt, die eine vorzugsweise aus gekalkten Häuten in der Regel zu 3M das Pfund, die andere vorzugsweise sich aus frischen Köpfen zusammensetzend in der Regel zu 5M das Pfund. Der Absatz der Sülze geschah hauptsächlich an Hamburg-Altonaer Wirtschaften und Hotels und im eigenen Geschäftslokal des [...] Heil unmittelbar an die Verbraucher.“¹⁹ Zur Entstehung der Heil'schen Fabrik und deren Kontrolle findet sich in einem Bericht der Bürgerschaft folgende Textstelle: „ Betriebe wie der Heil'sche entwickelten sich in aller Stille, plötzlich waren sie da wie Pilze. Die Herstellung von Ersatzmitteln auf allen Gebieten war eine Folge des Krieges. Anfangs hat Heil frische Kopffelle zur Sülze verarbeitet, erst allmählich ist die Ware schlechter geworden. Man hatte schließlich auch nicht mehr genügend Beamte zur Verfügung, um die Kontrolle in vollem Umfange durchzuführen.

Der den Heil'schen Betrieb kontrollierende Beamte war von Beruf Schlachter, also bis zu einem gewissen Grade schon Sachverständiger. Er hat aber anscheinend seine Vorgesetzten und seine Kollegen in grober Weise getäuscht.“²⁰

16 Urteil Heil, in: StaHH, 213-3, D1954-139

17 ebd.

18 ebd.

19 ebd.

20 Bericht des bürgerschaftlichen Ausschusses zur Untersuchung der Unruhen v. 24. und 25. Juni 1919, in: StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol. 24 Fasc. 11b [im Folgenden: Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol.24 Fasc.11b]

Heil wurde am 25. Oktober 1919 „wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz“ aufgrund von Bearbeitung verdorbenen Fleisches mit Kalk zu einer Geldstrafe von 1000 Mark und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.²¹ Die Verarbeitung von Hunden, Katzen und Ratten konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden.²² Gegen den mit der Kontrolle beauftragten Schlachter wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.²³

3.2 24. Juni 1919 – Zuspitzung der Unruhen

Die nur zögerlichen Angriffe auf das Rathaus konnten am 23. Juni noch mit dem Versprechen, man werde sich mit der Angelegenheit befassen, abgewimmelt werden. Die Nacht zum 24. Juni verlief ruhig: „Im Laufe des Nachmittags haben bis spät in die Nacht hinein mehr oder weniger starke Ansammlungen vor dem Rathause stattgefunden, doch sind Ausschreitungen nicht vorgekommen.“²⁴

Die Lage am 24. Juni war weitaus bedenklicher: „Die Stimmung eines großen Teils der Bevölkerung war aber eine äußerst gereizte. Auf dem Rathausmarkt und seiner Umgebung, sowie in der Nähe des Stadthauses fanden Ansammlungen erregter Mengen, die Ausschreitungen befürchten ließen, statt.“²⁵

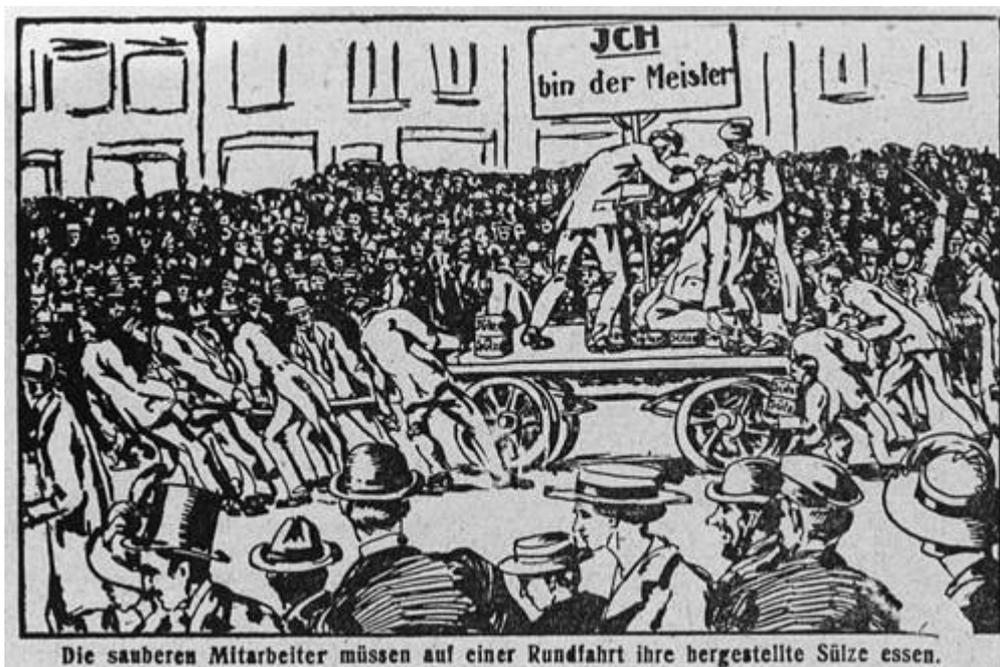


Abbildung 2: Satirische Postkarte

21 Urteil Heil, in: StaHH, 213-3, D1954-139

22 ebd.

23 Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol.24 Fasc.11b

24 Dithmer, StaHH, 121-3 I, C727

25 ebd.

Als Folge einiger Gerüchte über Schweigegeldzahlungen wurden auch die Arbeiterinnen der Heil'schen Fabrik zu Opfern der Volksjustiz, denn nun waren sie als Mitverantwortliche bekannt: „Die in dem Heil'schen Geschäft tätigen Personen waren teilweise ermittelt und wurden durch erregte Mengen, entweder zu Fuß oder auf Wagen durch die Stadt geschleppt.“

²⁶ Dies beschreibt der Oberleutnant z. S. Becker folgendermaßen: „Auf Wagen wurden sie [die Arbeiterinnen] durch die Stadt gefahren, mussten Schilder der tobenden Menge zeigen, wie „Ich bin der Meister“ und aus einem neben ihnen stehenden Kübel ekelerregende Fleischreste vor der Masse essen.“²⁷

Wie oben bereits erwähnt werden auch Arbeiter anderer Sülzefabriken ähnlich behandelt: „Alle Arbeiter dieses Betriebes [der Firma Roßkamp & Staack] mussten schnell hergestellte Schilder tragen: „Dieses haben wir zu Sülze für das Deutsche Volk verarbeitet.“ - „Wir sind die Menschenschinder, die dieses Zeug unseren Mitmenschen zu essen gaben.“ - „Ohne Fleischkarte“ - „Deutsche Volksernährung“. Der Werkführer dieser Fabrik musste ein großes Schild mit der Inschrift „Ich bin der Meister“, sowie mehrere Kadaverstücke, die zur Verarbeitung kommen sollten, hochhalten und dazu die selbsthergestellte Sülze essen.“²⁸

Der Leiter des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes, Lippmann schreibt hierzu: „Während des ganzen Tages wurde an vielleicht Schuldigen, sicherlich aber auch an vielen Unschuldigen Lynchjustiz geübt: auf dem Rathausmarkt wurden Arbeiter fast ganz entkleidet und misshandelt. Andere Arbeiter wurden stundenlang auf Wagen, die mit Tierkadavern behängt waren, unter Johlen durch die Stadt gefahren.“²⁹

Es waren Gerüchte entstanden, in der örtlichen Blindenanstalt würde den Insassen verdorbenes Brot verabreicht. Infolgedessen wurde die betroffene Anstalt von der Menge gestürmt, der Leiter mit seiner Frau, dem Inspektor und einem Insassen auf den Rathausmarkt gebracht. Sie konnten jedoch von den Volkswehrmannschaften im Rathaus in Sicherheit gebracht werden. Die Menge zeigte sich empört über das Vorgehen der Sicherheitsmannschaften.

26 ebd.

27 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

28 ebd.

29 Lippmann, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit, aus dem Nachlass hrg. Von Werner Jochmann, Hamburg 1964, S. 255

So wurde behauptet, dass bei der Befreiung des Direktors der Blindenanstalt Schüsse gefallen seien: „Die Stimmung der Leute nahm an Gereiztheit zu, und wurde geradezu drohend, als beim Hineinschaffen des Direktors der Blindenanstalt von den mittätigen Mannschaften der Volkswehr, m. E. ohne jeden Grund, geschossen wurde. - Angeblich sollen eine Person und ein Kind sogar getroffen worden sein.“³⁰

Ob es bei diesem Vorfall Verletzte gab, ist nicht genau festzustellen. So heißt es zum Beispiel: „Die Menge hatte nachgedrängt und zur Deckung des Rückzugs der Polizisten hatten die Sicherheitsmannschaften eine Salve blind abgefeuert.“³¹

Die Menge drang immer weiter an das Rathaus heran und die Volkswehr versuchte, sie von dort fernzuhalten: „Sie [die Menge] wurde von den Sicherheitsmannschaften durch einen Strahl aus der Feuerspritze abgewiesen.“³²

Aber auch diese Abwehrmaßnahme erwies sich als unwirksam: „Da dieser [der Wasserstrahl] jedoch durch das geschlossene Gitter zerstäubt wurde, war er wenig wirksam und die Abwehr machte den Eindruck hilfloser Gereiztheit. Es machten sich deswegen auch einige Halbstarke ein Vergnügen daraus, immer wieder den Strahl herauszufordern“³³.



Abbildung 3: Satirische Postkarte

30 Dithmer, StaHH, 121-3 I, C727

31 Baumann, Frederik Seyd: Bericht über die Unruhen, in: StaHH, 121-3 I Bürgerschaft I, C727 [im Folgenden: Baumann, StaHH, 121-3 I, C727]

32 ebd.

33 Baumann, StaHH, 121-3 I, C727

Allgemein bewertet Baumann das Verhalten der Sicherheitsmannschaften als „aufgeregt“ und „kopflös“³⁴. Es habe anscheinend „an einer verantwortlichen Leitung im Rathaus“ gefehlt. Da bereits Zivilisten in das Rathaus eingedrungen waren und nun „verschiedene Mittel zur Beruhigung der Menge“ - darunter auch die Entwaffnung der Volkswehr- und Polizeimannschaften - vorschlugen, entsandte der Kommandant von Groß-Hamburg, Walter Lamp'l, Truppen des „Bahrenfelder Jägerbataillons“ zum Rathausmarkt. Er sei „wiederholt von dem Führer der Sicherheitsmannschaften“ um Hilfe ersucht worden.³⁵

Von den eingedrungenen Zivilisten wurde „die Bildung einer Kommission der Menge“ angeregt, „die mit der Rathausbesatzung verhandeln sollte“³⁶. Die Kommission zeigte „eine starke Erregung gegen die Polizei- und die Sicherheitsmannschaften“³⁷. Während der Verhandlung mit der Kommission erschien Lamp'l mit den Bahrenfeldern. Beim Eintreffen der Bahrenfelder fielen erneut Schüsse. Daher wurden auch die Verhandlungen mit der Kommission unterbrochen. Im Hamburger Fremdenblatt wird der Vorfall wie folgt beschrieben:

„Auf dem Altenwall sei die letzte Gruppe von der Menge angefallen worden, einigen Soldaten wurden die Waffen und Handgranaten weggerissen und sie selbst zu Boden geworfen. Als die Gruppe in die Gefahr geriet, abgeschnürt und die am Boden liegenden Soldaten in die Gefahr tot getreten zu werden, haben die letzten beiden Gruppen ohne weiteren Befehl in der Notwehr das Feuer eröffnet, zunächst Schreckschüsse und als die Menge nicht locker ließ, scharf. [...] Auf die Schüsse hin eilte Lamp'l, der sich an der Spitze des Zuges sich befand, nach hinten und ordnete persönlich die Einstellung des Feuers an.“³⁸ Bei diesem Vorfall kam eine Person ums Leben, 15 Mann werden verletzt.³⁹

„Man kann sich denken, wie dieser Vorgang auf die Masse, die ohnedies schon die Bahrenfelder hasste, wirkte. Kaum war Lamp'l mit den Bahrenfeldern im Rathaus, als die aufgepeitschte Menge nachzustürmen versuchte. Die vor dem Rathaus befindlichen Lastkraftwagen der Bahrenfelder werden in Brand gesteckt, die anrückende Feuerwehr von der Menge zurückgehalten. Bald setzte ein starkes Maschinengewehr- und Gewehrfeuer auf das Rathaus ein, welches aber auf Befehl Lamp'ls nicht von den Bahrenfeldern erwidert wurde.“⁴⁰

34 ebd.

35 ebd.

36 ebd.

37 ebd.

38 Abendausgabe des Hamburger Fremdenblattes v. 25. Juni 1919, „Der kritische Moment am Dienstag“

39 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

40 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

Die Ordnung ließ sich an diesem Tag nicht wieder herstellen. Daraufhin verkündete der Kommandant Lamp'l den Belagerungszustand über das Dreistädtegebiet Hamburg-Altona-Wandsbek, dessen Verkündung am 25. Juni durch die Presse geschah.

Der Wortlaut war wie folgt:

Hamburg, den 25. Juni 1919

Bekanntmachung

Im Anschluss an berechtigte Volksdemonstrationen gegen schamlose Lebensmittelfälscher versuchten unlautere Elemente die Volkswehr und Schutzmannschaftswache des Hamburger Rathauses zur Preisgabe des Rathauses und zur Übergabe aller Waffen und Munitionsbestände zu zwingen.

Auf Grund wiederholter Hilferufe seitens Volkswehr und Polizeibehörde entsandte die Kommandantur Truppenverstärkung, die von dem Mob angegriffen und zum Teil entwaffnet wurde.

Das vergossene Blut kommt auf das Haupt der Anstifter dieses Putsches gegen die Sicherheitsorgane des Staates. Zur Vermeidung weiteren Blutvergießens verhängte ich hiermit den Belagerungszustand über die Städte Hamburg, Altona und Wandsbek.

Die vollziehende Gewalt geht hiermit auf mich über. Demonstrationen und Ansammlungen sowie politische Versammlungen sind verboten.

Polizeistunde 10 Uhr.

Wer nach 10 Uhr abends die Straße betreten muss, bedarf eines Ausweises seiner Behörde oder Firma. Die Volkswehr versieht ihren Dienst wie bisher. Die Einwohnerwehr wird hierdurch aufgeboten. Einwohner, schützt Eure Stadtteile selbst gegen Plünderer. Beamte, schützt die Staatsgebäude selbst gegen unverantwortliche Putschisten.

Weitere Ausführungsbestimmungen folgen.

Lamp'l, Kommandant von Groß-Hamburg ⁴¹

41 Bekanntmachung des Belagerungszustandes, z.B. im Hamburger Fremdenblatt v. 25. Juni 1919, in StaHH, 215-1, A1

Am 26. Juni wurde der Belagerungszustand zusätzlich durch Plakataushänge bekannt gemacht. Auch forderte Lamp'l bereits am 24. Juni Reichswehrtruppen als Unterstützung an. Durch eine eigenständige Handlung des Oberleutnants Eduard Becker kam es zu einem Missverständnis. Letzterer berichtet:

„Unabhängig von Lamp'l habe ich [...] dem Chef des Stabes Korps Lütwitz, Berlin, Mitteilung über die Hamburger Vorgänge gemacht. Während ich [...] um sofortige Unterstützung bat und [...] die Sachlage, weil ich sie sehr pessimistisch sah, auch so schilderte, wurde (dies entzieht sich meiner Kenntnis, ob von der Kommandantur oder einer anderen Stelle) von Hamburg aus die Lage weniger ernst geschildert. Da ich die Zusage [...] hatte, dass wir mit Unterstützung rechnen könnten, habe ich dies sofort dem Rathausverteidiger Hauptmann Senftleben telefonisch [...] mitteilen lassen. Leider hatte ich keine Ahnung, dass Lamp'l bei seiner Truppenanforderung die Einwendung machte: „dass die fremden Truppen den Befehl zum Abmarsch von ihm abwarten und wenn sie in Hamburg seien, sich unter Befehl der Kommandantur stellen müssten.“⁴²

Teile der Bevölkerung hatten sich „infolge des ersten blutigen Zusammentreffens mit den Bahrenfeldern durch die Entwaffnung von Volkswereinheiten, den Sturm auf Polizeiwachen oder durch Plünderung von Waffengeschäften“ bewaffnet.⁴³

3.3 25. Juni – Kampf gegen die Bahrenfelder

Am Morgen des 25. Juni zog Hauptmann Senftleben von Bahrenfeld zum Rathausmarkt, um diesen abzusperrern und somit das Rathaus vor weiteren Angriffen zu schützen. Man hatte ihm außerdem mitgeteilt, dass Lamp'l im Rathaus eingeschlossen sei.⁴⁴ Senftleben nahm die vom Kommandanten angeordnete Absperrung vor, obwohl seine Truppe „viel zu schwach [war], als dass sie auf einer so großen Strecke, wie erforderlich war, die nötigen Absperrungen wirksam durchführen konnte.“⁴⁵

Diese Einschätzung erwies sich als zutreffend, denn bald wurden die Posten stark bedrängt und Senftleben musste telefonisch weitere Verstärkung aus Bahrenfeld anfordern.

In der Nähe des Rathauses traf er auf „eine Kommission mit weißen Fahnen“. „Sie verlangte zunächst [...], dass das Schießen eingestellt würde“ und Senftleben „die weiße Fahne hisste“.⁴⁶

42 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

43 siehe Philippski, Sven: Ernährungsnot und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919, Hamburg 2002, S.66

44 siehe Aussage des Hauptmannes Senftleben, in StaHH, 622-1/49, Nr.9 [im Folgenden: Senftleben, StaHH, 622-1/49, Nr.9]

45 ebd.

46 ebd.

Diesen Forderungen wurde jedoch weder von Senftleben noch von Lamp'l stattgegeben, denn Lamp'l hatte im Laufe der Nacht die folgende Anweisung gegeben: „Auf's Verhandeln lassen wir uns nicht ein, wenn nicht die Gegenseite die Waffen abgibt.“⁴⁷

Lamp'l war nach der Ablehnung der Kapitulation durch einen erbsengroßen Steinsplitter leicht verletzt in die Kommandantur nach Altona zurückgekehrt⁴⁸, um von dort aus das Geschehen zu kontrollieren und den Belagerungszustand zu koordinieren. „Lamp'l [war][...] plötzlich weg, ohne dass ich [Senftleben] Mitteilung darüber oder irgendwelche Befehle erhielt. Die Befehlsverhältnisse wurden dadurch noch komplizierter, da Rusch sich auf den Standpunkt stellte, dass er der Vertreter von Lamp'l wäre.“⁴⁹

Die oben genannte Kommission kam nach Aussage Senftlebens gegen Mittag wieder „und sagte, sie käme aus dem Gewerkschaftshaus, wenn bis 3 Uhr das Blutvergießen nicht eingestellt wäre, streike die ganze Arbeiterschaft Hamburgs.“⁵⁰ Von einer Versammlung im Gewerkschaftshaus berichtet Becker folgendes:

„Obwohl Lamp'l den Belagerungszustand verhängt hatte, wurde im und vor dem Gewerkschaftshaus in St. Georg [...] eine Versammlung abgehalten und die im Gewerkschaftshaus befindliche Volkswehr, die sowieso [...] nicht zuverlässig war, systematisch im Moment des Eingreifens verseucht. [...] [Man] verständigte Lamp'l hierüber und erbat sich Befehl, die Versammlung zu sprengen. Letzteres wurde aber nicht genehmigt. Obwohl Lamp'l einerseits bestrebt war, mit allen Mitteln die Ruhe wiederherzustellen, so war er andererseits zu sehr geneigt, viel auf gutlichem Wege zu erreichen. In diesem letzteren Falle hätte er, wie die weitere Entwicklung gezeigt hatte, auch mit aller Schärfe seinen Anordnungen Achtung verschaffen müssen. In dieser Versammlung wurden nämlich Beschlüsse gefasst unter Umgehung der militärischen Befehlshaber, vom Senat die Entlassung der Bahrenfelder, die Entwaffnung der Einwohnerwehr und die Bewaffnung der Arbeiter zu fordern, den Generalstreik auszurufen [...]“⁵¹

47 siehe Schulte-Varendorff, Uwe: Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution?, Hamburg University Press, Hamburg 2010 (auch online unter: http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_BGH65_Schulte-Varendorff)

48 siehe Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl. VII Lit. Me Nr. 12 Vol.24 Fasc. 11b

49 Senftleben, StaHH, 622-1/49, Nr.9

50 Senftleben, StaHH, 622-1/49, Nr.9

51 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

„Die Kommission ging in das Bürgerausschusszimmer [...]“⁵² und beschloss dort in Anwesenheit der befehlshabenden Militärs, Senftleben und dem Polizeikommissar Emil Rusch, den Waffenstillstand.⁵³

Auf dem Rathausmarkt herrschte nun bis auf vereinzelte Schüsse Ruhe. Daher gab Hauptmann Senftleben den Befehl zum Zusammensetzen der Gewehre. Unerwartet fielen jedoch erneut Schüsse. Becker begründet dies folgendermaßen: „Während die [...] Kommission am Rathausmarkt und Alten Wall ihren Willen erreichte, wirkte sie am Rödingsmarkt, wo sich die Hauptkampfkraft des Pöbels befand, wie ein rotes Tuch. Von diesem Vorgang hatte man im Rathaus keine Ahnung [...]. Es erfolgte nun ein Sturm der johlenden Masse vom Rödingsmarkt her und überrumpelte die kleine tapfere Schar der Bahrenfeldkämpfer.“⁵⁴

Hauptmann Senftleben berichtet über die weiteren Vorkommnisse:

*„Die Kommission hatte auf die Masse keinen Einfluss, sondern diese ging einfach über die Kommission hinweg. Ich wurde von der Menge zurückgedrängt, da kam ein Bahrenfelder zu mir und sagte: „Machen Sie sich doch nicht unglücklich, wir sind ja längst entwaffnet.“ Nun erst bemerkte ich, dass während ich mit der Menge verhandelte, meinen Leuten die Waffen und Patronen abgenommen waren. [...] Als ich aus der Rathauhalle heraustrat, wollte ich meine Truppe zum Abmarsch formieren. Sie hatte sich aber bereits formiert und marschierte gerade mit der Spitze aus dem Rathause heraus. [...] Plötzlich wurden wir beschossen.“*⁵⁵

Nach unserer Einschätzung stark emotional gefärbt beschreibt Eduard Becker die Geschehnisse:

„Die Leutnants Bundies und Dröge versuchte die Menge auf der Stelle zu lynchen. Wild gewordene Weiber traten auf ihren Körpern herum und schon wollte man ihnen den Todesstoß versetzen, als durch das Dazwischentreten besonnener Leute den genannten das Leben gerettet wurde.

Vor dem Rathaus trat die entwaffnete Mannschaft auf Befehl von Senftleben [...] an, um entwaffnet abziehen. Wie rasend schoss nun diese Menge auf die Wehrlosen. Eine Anzahl Tote und Verwundete bedeckte den Boden nach diesem Überfall.

52 Senftleben, StaHH, 622-1/49, Nr.9

53 ebd.

54 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

55 Senftleben, StaHH, 622-1/49, Nr.9

Es bedarf wohl keines Kommentars: durch niederträchtigen Bruch des Waffenstillstandes ist es dem Mob, der durch gewissenlose Hetzer aufgepeitscht war, gelungen, die kleine heldenmütige Schar Bahrenfelder zu überrumpeln und sie in gemeinster und rohester Weise zu misshandeln. Man kann in Worten die Rohheit nicht wiedergeben, wie man die Gefangenen verprügelte, sie zu Tode quälte. In ungezügelmtem Hass konnte sich die Menge an den wehrlosen Opfern austoben.⁵⁶

Auch werden von Becker öffentliche Exekutionen von Bahrenfeldern erwähnt:

„Man führte die Bahrenfelder mit erhobenen Händen (man stelle sich diese Marter vor und wenn die Arme vor Müdigkeit sanken, wurden die Bahrenfelder mit Gewehrkolben traktiert) nach dem Heiligengeistfeld, wo selbst sie gleich erschossen werden sollten. [...] Man sperrte die Bahrenfelder [jedoch] in die Gnadenkirche, um sie später ins Gefängnis einzuliefern.“⁵⁷

Ähnliche Szenen spielten sich nach Becker auch am Gewerkschaftshaus ab, wo ein Hauptmann und ein Rittmeister erschossen werden sollten:

„Nach groben Misshandlungen schleifte man sie nach dem Gewerkschaftshaus, woselbst ein Standgericht sie zu Tode verurteilen sollte. Die Exekution wollte man gleich im Hofe vornehmen. [...] Obwohl beide schon an der Wand gestanden und die Gewehre bereits auf sie gerichtet werden sollten, hatten sie unter Aufwendung ihrer letzten Kräfte der Menge ein paar kräftige deutsche Wort von wegen „Schweineerei“ usw. zugerufen.“⁵⁸ Aber auch von dieser Exekution wurde abgesehen und die beiden Militärs konnten befreit werden.

In den Unruhetagen kommen 14 Bahrenfelder ums Leben, 42 werden verwundet.

An der Darstellung Beckers lässt sich erkennen, welchen Hass die Eskalation der Unruhen auf Seiten der Bahrenfelder auslöste. Beckers ergreifende Schilderung der Trauerfeier macht seine starke emotionale Bewegtheit besonders deutlich. Obwohl seine Ausführungen aus diesen Gründen die Realität stark verzerrt darstellen, scheint es sicher, dass die Bahrenfelder von der Menge in brutaler Weise misshandelt worden sind. Zu Ehren der Gefallenen wurden in der Hamburger Innenstadt zwei Gedenktafeln installiert, die bis heute öffentlich zu sehen sind. Sie befinden sich im Hamburger Rathaus und im Turm der Petrikirche. Letztere Tafel wurde vom Oberleutnant Eduard Becker noch vor der militärischen Trauerfeier installiert.⁵⁹ Dort sind folgende Namen aufgelistet:

56 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

57 ebd.

58 ebd.

59 Becker, StaHH, 731-6, IV.1



Abbildung 4: Gedenktafel im Turm der Petrikirche

„Otto Brath, Einwohner Wehr, Abt. St. Georg; Albert Brinkmann, Offz. Bahrenfeld; Bernhard Hamm, Freiw. Jäger Bahrenfeld; Werner Mengdehl, Einwohner Wehr, Abt. Borgfelde; Heinz Reinhold Müller, Lt. z. S. d. R. Bahrenfeld; Walter Möller, Vizewachtmstr. Bahrenfeld; Hans Erich Neuy, Freiw. Jäger Bahrenfeld; Ove Ovens, Lt. z. S. d. R. Bahrenfeld; Walter Rathke, Freiw. Jäger Bahrenfeld; Kurt Reunert, Freiw. Jäger Bahrenfeld; Fritz Sander, Lt. d. R. Bahrenfeld; Hans thoSeeth, Freiw. Jäger Bahrenfeld; Wilh. Schmidt, Freiw. Jäger Bahrenfeld; Robert Taeger, Vizefeldw. Bahrenfeld; Johs. Heinz Wolf, Einwohner Wehr, Abt. Borgfelde; Siegfr. Zimmermann, Freiw. Jäger, Bahrenfeld; Anton Zucht, Husar, Volkswehr „Braune“, Wandsbek“⁶⁰

⁶⁰ Gedenktafel im Turm der Petrikirche

Durch die Aufreibung der Bahrenfelder war das Rathaus unbewacht: „Als die Truppe gezwungen war, die Waffen zu strecken, konnte auch die Polizei nicht gegen die Gewalt an, hat teilweise sogar ebenfalls die Waffen zurücklassen und den Schutz des Rathauses aufgeben müssen.“⁶¹ Das Rathaus wurde gestürmt und zahlreiche Büros verwüstet: „Das Rathaus wurde von der hereinflutenden Masse in Besitz genommen.“⁶² Auch das Stadthaus, in welchem verschiedene Behörden untergebracht waren, stand unter Beschuss. Im Untersuchungsgefängnis wurden mit Ausnahme von zwei Mördern alle Gefangenen freigelassen und angeblich auch umgehend bewaffnet.⁶³

Becker hat folgenden Eindruck: „Hamburg stand nun wieder im Zeichen der ersten Tage der Revolution, die Straße herrschte. Die Gefängnisse wurden geöffnet, die gefangenen Verbrecher freigelassen, die Akten aus den Gerichtsgebäuden auf die Straße geworfen und verbrannt.“⁶⁴

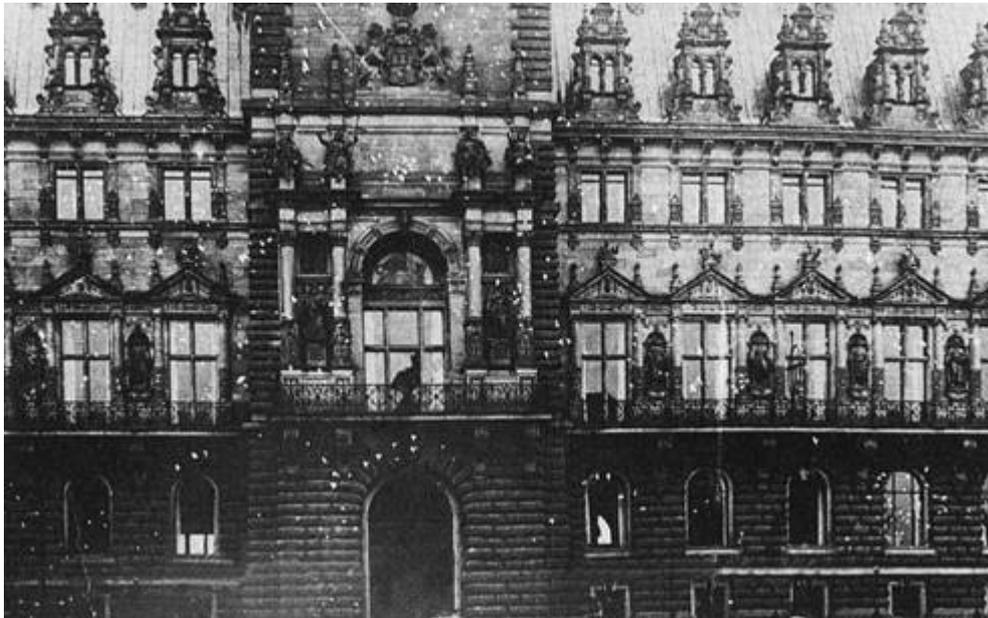


Abbildung 5: Beschussschäden am Hamburger Rathaus (Einschusslöcher mithilfe eines weißen Pulvers markiert)

61 Dithmer, StaHH, 121-3 I, C727

62 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

63 nach Schulte-Varendorff, Uwe: Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution?, Hamburg University Press, Hamburg 2010 (auch online unter: http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_BGH65_Schulte-Varendorff), S.96-97

64 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

3.4 Politische Folgen der Sülzeunruhen

Den militärischen Befehlshabern gelang es nicht mehr, sich durchzusetzen. Sie erwarteten angesichts der in der Stadt herrschenden Verhältnisse dringend den Einmarsch der beordneten Reichswehrtruppen. Nachdem Oberleutnant Becker am 24. Juni Truppenverstärkung angefordert hatte, war es gelungen „in Zusammenarbeit mit dem Reichswehrminister Noske das Reichskabinett zu veranlassen, dass bereits schon an folgenden Tagen, also am 25. Juni, die Reichsexekution gegen Hamburg beschlossen wurde. General von Lettow-Vorbeck wurde mit der Durchführung dieser hohen Aufgabe betraut.“⁶⁵

Der Aufmarsch der Reichswehrtruppen dauerte bis zum 30. Juni an. Während der Belagerung befanden sich in Hamburg ungefähr 10.000 Reichswehrsoldaten, die zum Teil mit Waffengewalt die Ruhe wiederherstellten.

Der über Hamburg verhängte Belagerungszustand hielt bis zum 31.12.1919 an. General Paul von Lettow-Vorbeck hatte die volle Regierungsgewalt inne. Es wurde eine systematische Waffensuche durchgeführt, um illegalen Waffenbesitz, der zur Revolutionszeit normal war, zu unterbinden. Insgesamt wurden „85 MG [Maschinengewehre]; ca. 2000 Gewehre, 200 Karabiner und eine Unmenge Munition wieder eingebracht.“⁶⁶ Ebenso wurde die dringend notwendige Reorganisation der militärischen Kräfte Hamburgs durchgeführt, dabei auch die Auflösung der Volkswehr.

Als Befehlshaber war Lettow-Vorbeck nach dem Belagerungszustandsgesetz zur Installation eines außerordentlichen Kriegsgerichtes befugt, mit dem er gegen die Drahtzieher der Unruhen vorgehen wollte. Es kam jedoch nicht zur Feststellung solcher Verantwortlichen. Ein Großteil der Angeklagten wurde lediglich wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt.

65 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

66 ebd.

4. Die Sülzeunruhen – ein kommunistischer Umsturzversuch?

Anlässlich der nötigen Auflösung der Volkswehr setzte die Hamburgische Bürgerschaft am 4. Juli 1919 einen Untersuchungsausschuss ein, der sich mit den Vorkommnissen vom 24. und 25. Juni befasste. Dieser Ausschuss sammelte Aussagen militärischer Funktionsträger und anderer mit den Unruhen verbundenen Personen. Auch verfasste er einen Bericht über die Erkenntnisse, die aus den Aussagen und Ausschusstagungen gewonnen werden konnten. Dieser Bericht behandelt das Geschehen während der Unruhetage und sucht außerdem nach den Ursachen der Aufstände. Der vierte Teil des Berichtes behandelt „Die Vorbereitung und Organisation der Unruhen“.

Der Bürgerschaftsausschuss kommt aufgrund der verschiedenen Aussagen zu dem Schluss, „dass die Unruhen planmäßig hervorgerufen und geschürt worden sind“⁶⁷.

Basierend auf der Befürchtung eines Regierungssturzes durch die Kommunisten war das Verhältnis zwischen den Regierenden und der Kommunistischen Partei angespannt. Diese Befürchtung ist hauptsächlich durch die Novemberrevolution 1918 hervorgerufen worden, bei der die Kommunisten bereits versuchten, die Regierung zu stürzen. Somit kamen für die Regierung vor allem die Mitglieder der kommunistischen Parteien in Hamburg als sogenannte Drahtzieher der Sülzeunruhen in Frage.

Auch die Osterunruhen im April 1919 trugen zu diesem angespannten Verhältnis zwischen den Kommunisten und der Regierung bei. Diese Unruhen hatten die „Vertrauensmänner der revolutionären Parteien“⁶⁸ hervorgerufen, welche „den Sturz der Regierung, hauptsächlich von Lamp“⁶⁹ zum Ziel gehabt hätten. Zu diesem Zweck habe am „19. April ein Demonstrationszug der Arbeitslosen“⁷⁰ stattgefunden. Diese Unruhen führten an diesem und in „den nächsten Tagen zur Beraubung von Restaurants und Lebensmittelgeschäften, zur Erstürmung von Polizeiwachen und zu anderen Exzessen“⁷¹, sodass der Belagerungszustand verhängt wurde.

67 Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol.24 Fasc.11b

68 ebd.

69 ebd.

70 ebd.

71 ebd.

Zusätzlich sollen Absprachen mit den Sicherheitsmannschaften getroffen worden sein, dass diese bei Unruhen nicht bzw. kaum agieren. Während der Unruhen im April gelang es der Arbeiterschaft nicht, die Regierung zu stürzen, daher vermutete die Bürgerschaft die Fortsetzung des Vorhabens durch die Sülzeunruhen. Auch im Juni 1919 zeigte sich die „Volkswehr Gross-Hamburg unzuverlässig“⁷² und „versagte vollkommen“⁷³.

Den befragten Personen fielen wiederholt Parallelen zwischen den Osterunruhen und den Sülzeunruhen auf. Durch diese Parallelen wurde man nun vermutlich besonders wachsam und achtete daher verstärkt auf das Auftreten von Anhängern der Kommunistischen Partei. So schreibt Leutnant Becker, ein Mitglied des Bahrenfelder Freiwilligenbataillons, : “Hamburg stand nun wieder im Zeichen der ersten Tage der Revolution, die Straße herrschte.“⁷⁴ Auch beim Anblick der verschiedenen Zeugenaussagen im Bürgerschaftsbericht wird die Referenz zur Revolutionszeit deutlich. Auch die Zentralpolizeistelle ist der Ansicht, dass die Unruhen in Verbindung mit angekündigten Umsturzbestrebungen standen, da mehrfach aus der Revolutionszeit polizeilich bekannte Personen an den Schauplätzen der Unruhen gesehen worden waren. Zudem bezeichneten sich einige Aufrührer als „Mitglieder der Kommunistischen Partei“⁷⁵.

Auch Hauptmann Danner und Regierungsrat Baumann waren davon überzeugt, dass die Unruhen von einer Kommunistischen Partei organisiert worden seien⁷⁶.

Die Unruhen waren aber keinesfalls eine von KPD oder USPD organisierte Parteiaktion. So distanzierte sich die KPD mehrfach von den Unruhen und rief zum Bewahren der Ruhe auf, beispielweise in einem Aufruf „An die Mitglieder der Kommunistischen Partei Ortsgruppe Hamburg“ in der Kommunistischen Arbeiterzeitung:

„Die Ansammlungen, die zur Niederschießung hungernder Demonstranten geführt haben, sind keine politischen Aktionen der Arbeiterschaft von Hamburg gewesen. Die Kommunistische Partei, die mit diesen Tumulten nichts zu schaffen hat, fordert Euch auf, Euch von Ansammlungen fernzuhalten und nicht vor die Maschinengewehre zu laufen.“⁷⁷

72 Aufzeichnungen des Kommandanten Lamp'l, „Die Unruhen und die öffentliche Unsicherheit“, in: StaHH, 622-1/49, Nr. 9

73 Becker, StaHH, 731-6, IV.1

74 ebd.

75 Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol.24 Fasc.11b

76 ebd.

77 „An die Mitglieder der Kommunistischen Partei Ortsgruppe Hamburg“, Kommunistische Arbeiterzeitung, 25.06.19

Daher konnte auch durch den bürgerschaftlichen Ausschuss nicht erwiesen werden, „dass die Leitung einer bestimmten Partei für die Unruhen unmittelbar verantwortlich zu machen ist“.⁷⁸

Trotzdem ist der Bürgerschaftsausschuss der Ansicht, „dass die Erregung unter der Bevölkerung bereits geraume Zeit vor den Unruhen planmäßig geschürt worden sein muss, um sie bei gegebener Gelegenheit hell aufflammen zu lassen“⁷⁹.

Anlass für diese Vermutung gaben die Debattierklubs auf dem Rathausmarkt, jedoch konnte nicht gesichert werden, dass diese den Vorsatz eines Regierungsturzes äußerten oder deren Agitatoren die Unruhen planmäßig hervorgerufen hätten. Dass Hetzer an den Protesten beteiligt waren, kann jedoch kaum bestritten werden: „Auch die Beamten, die zuerst bei der Fabrik von Heil tätig waren, hatten den Eindruck, dass Hetzer an der Arbeit waren, weil immer, wenn die Volksmenge sich beruhigen wollte, das Gerücht auftauchte, dass die Polizei den Heil hätte entwischen lassen, wodurch die Erregung neu angefacht wurde. In den ersten Stunden war die Erbitterung unter der Menge nicht so groß, wie sie später auf Grund derartiger Gerüchte wurde.“⁸⁰

Senatssyndikus Walli ist zudem der Ansicht, dass „Drahtzieher bei den Unruhen vorhanden gewesen [...] [seien,] seiner Ansicht nach können solche Zusammenrottungen an einem Platze zu bestimmter Zeit nicht von selbst entstehen.“⁸¹ Dennoch geht Walli nicht davon aus, dass Vorbereitungen von politischer Seite her getroffen wurden, da die Unruhen so ungeschickt organisiert gewesen seien, dass „politisch geschulte Personen sie seiner Meinung nach nicht zum Zwecke des Umsturzes inszeniert haben“⁸² könnten.

Die Veröffentlichung der Nachricht, „dass die politische und militärische Gewalt in den Händen der 12er Kommission [...] läge“⁸³, trug ebenfalls zu der Interpretation der Unruhen als „zweite Revolution“ bei. Dass es sich bei dieser Meldung offensichtlich um eine Falschmeldung handelte, wird im Untersuchungsbericht auch deutlich. Die Mitteilung wurde jedoch durch das „Wolffsche Telegraphenbüro“ in der Presse reichsweit verbreitet. Laut Bürgerschaftsbericht „war es vom Wolffschen Büro höchst unvorsichtig, auf Grund der Angaben von unbekanntenen Personen eine derartige Notiz in die Presse zu bringen.“⁸⁴

Aufgrund der reichsweiten Verbreitung dieser Falschmeldung beeinflusste sie auch die Einschätzung der Reichsregierung bezüglich des Ausmaßes der Unruhen.

78 ebd.

79 Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol.24 Fasc.11b

80 ebd.

81 ebd.

82 ebd.

83 Ausschussbericht, StaHH, 111-1, Cl.VII Lit. Me No.12 Vol.24 Fasc.11b

84 ebd.

Aus dem Verlauf der Unruhen lässt sich ebenfalls schließen, dass sie keinesfalls einen kommunistischen Putschversuch darstellten. In den ersten Unruhetagen wurden nur Institutionen gestürmt, die mit der Produktion von Sülze und der Lebensmittelversorgung Hamburgs in Verbindung standen. So wurden andere Sülzefabriken, das Kriegsversorgungsamt und das Hamburger Rathaus angegriffen.

Außerdem flauten die Unruhen am 26. Juni geradezu schlagartig wieder ab. Dabei wäre eine Fortführung der Aufstände zum Erreichen eines politischen Umsturzes dringend notwendig gewesen.

Anhand der betrachteten Quelle muss man von einer allgemeinen Heraufbeschwörung einer linken Gefahr ausgehen, die es in dieser Form im Juli 1919 nicht gegeben hat. Zwar waren Anhänger der kommunistischen Parteien an den Unruhen beteiligt, es handelte sich jedoch nicht um eine kommunistische Parteiaktion mit dem Ziel des Regierungssturzes. Stattdessen muss man davon ausgehen, dass es sich um einen Konsumentenprotest handelte, der aufgrund von Hetze durch Unbekannte eskalierte.

Die Reichswehr scheint hauptsächlich aus Hilflosigkeit angefordert worden zu sein. Von Seiten der Reichsregierung trug der Gedanke an eine kommunistische Gefahr in Hamburg jedoch sicherlich zur Entscheidung, Lettow-Vorbeck nach Hamburg zu berufen, bei. So hatte dieser die Möglichkeit, diese Gefahr zu unterbinden, die unfähigen Sicherheitstruppen zu reformieren und eine systematische Entwaffnung durchzuführen.

Fazit

Die Auseinandersetzung mit den Quellen und der Sekundärliteratur im Rahmen dieser Arbeit hat ergeben, dass es sich bei den Sülzeunruhen um einen Konsumentenprotest handelte, welcher durch verschiedene Faktoren eine besondere Brisanz entwickelte.

Die Zustände in der Heil'schen Fabrik wurden zu einer Zeit aufgedeckt, in der die Bevölkerung unter einer langanhaltenden Lebensmittelunterversorgung litt. Es war während der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht ungewöhnlich, dass Lebensmittelerersatzstoffe (Surrogate) verwendet wurden, um die Versorgung zu gewährleisten. Bei der Herstellung von Fleischprodukten wurden pflanzliche Rohstoffe und eine große Menge Wasser zugesetzt, um möglichst viel produzieren zu können. In der Firma Heils wurden Kopfhäute von Tieren verwendet, und nicht wie sonst für Sülze üblich Fleischstücke.

Es wurde bekannt, dass in der „Heil'schen Delikatesssülze“ allerdings nicht lediglich Kopfhäute als Surrogate, sondern sogar offensichtlich verdorbenes Fleisch zur Verarbeitung verwendet wurde.

Die Bevölkerung wandte sich infolgedessen gegen die Sülze herstellenden Betriebe der Stadt sowie gegen staatliche Gebäude, darunter auch gegen das Kriegsversorgungsamt. Letzteres war unter anderem verantwortlich für die Kontrolle der Lebensmittelfabrikation. Im Falle Heil war es augenscheinlich versäumt worden, den Betrieb in ausreichender Art und Weise zu überprüfen.

Durch den ungeschickten Einsatz der Sicherheitstruppen wurde die Menge der Demonstranten weiter provoziert. So legten „die Wortführer der Kommission [...] in längerer Ausführung dar, dass die Menge auf dem Rathausmarkt sich durch das Vorgehen der Schutzmannschaft und der Volkswehr auf dem Rathausmarkt [...] „provoziert“ fühlte.“⁸⁵

Die Erregung der Bevölkerung wurde durch Hetze und Propaganda weiter gesteigert. In verschiedenen Quellen findet sich die Einschätzung, dass die Proteste durch Unbekannte vorangetrieben wurden. Die Wirkung der Zeitungen auf die Volksmenge ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Durch reißerische Titel wie „Vom Volke gelyncht“⁸⁶ oder „Ein Lebensmittelfälscher verdroschen und ins Wasser geworfen“⁸⁷ wurde die der Massen stark erhöht.

85 „Der kritische Moment am Dienstag“, Abendausgabe des Hamburger Fremdenblattes v. 25. Juni 1919, in: Baumann, StaHH, 121-3 I, C727

86 Hamburger Volks-Zeitung (Organ der USP) v. 24. Juni 1919

87 Kommunistische Arbeiterzeitung v. 24. Juni 1919

Von konservativen Nationalen wurden die Unruhen als von linksradikaler Seite inszenierter Umsturzversuch aufgefasst. Die Angst vor dem Ausbruch einer „zweiten Revolution“, etwa im Sinne der russischen Oktoberrevolution, war seit November 1918 fest in den Köpfen staatlicher Funktionsträger verankert. Bei näherer Betrachtung der vorliegenden Quellen kann man jedoch nicht von einem organisierten kommunistische Aufstand ausgehen. Politische Motive spielten im Juni 1919 lediglich eine untergeordnete Rolle.

So handelte sich bei den Unruhen hauptsächlich um einen Nahrungsmittelprotest. Die der Volksmenge entstand durch die langanhaltende Lebensmittelunterversorgung. Dabei diente die Aufdeckung des Sülzeskandals auch als Ventil für die aufgestaute Unzufriedenheit gegen den Staat, der augenscheinlich nicht in der Lage war, eine ausreichende Versorgung der Hamburger Bevölkerung zu gewährleisten.⁸⁸

Lebensmittelvergehen und die ihnen auch zugrunde liegende mangelnde behördliche Kontrolle lösen auch heute noch Skandale aus. Die bekanntesten aktuelleren Fleischskandale sind die Tierseuche BSE aus dem Jahre 2000 sowie der „Gammelfleischskandal“ um einen Großhändler aus Gelsenkirchen im Jahr 2005. Auch der „Dioxin-Skandal“, der Anfang dieses Jahres begann, ist ein passendes Beispiel. Fleischskandale in der heutigen Zeit eskalieren jedoch trotz großer Anregung durch die Medien nicht wie im Falle der Sülzeunruhen.

Lediglich der Absatz der betroffenen Produkte geht für kurze Zeit etwas zurück.⁸⁹

Hauptsächlich findet der Skandal also in den Medien statt und weniger auf der Straße oder an der Wursttheke.⁹⁰

Der Umstand, dass die Bevölkerung mehr als genug mit den nötigen Lebensmitteln versorgt ist, verringert die Brisanz des Skandals maßgeblich. Der Konsument kann beinahe jederzeit auf andere Produkte ausweichen. Fleisch- und Nahrungsmittelskandale lösen in der heutigen Zeit mit Sicherheit auch Empörung aus, denn die Verarbeitung verdorbener Nahrungsmittel ruft beim Menschen einen starken Ekel hervor; schließlich könnte man selbst von den betroffenen Produkten gegessen haben. Trotzdem kommt es nie zu Massenphänomenen, wie es im Jahre 1919 der Fall gewesen war. Die Lebensmittelskandale bleiben häufig ein rein politisches Thema und bieten reichlich Anlass für mediale Aufregung.

88 Vergl. Philipski, Sven: Ernährungsnot und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919, Hamburg 2002, S. 104

89 Rommel, Jens et al. : Markteffekte medienwirksamer Lebensmittelskandale – eine Ereignisstudie, http://www.oega.boku.ac.at/fileadmin/user_upload/Tagung/2009/Short_paper_2009/22-Rommel_et_al_TB_OEGA_2009.pdf (24.02.11)

90 In einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Zeitschrift Stern zum „Gammelfleischskandal“ gaben 74% der Befragten an, dass sie ihren Fleischkonsum aufgrund des Skandals nicht reduzieren würden, <http://www.stern.de/wirtschaft/familie/fleisch-skandal-gammelfleisch-guten-appetit-570020.html> (24.02.11)

6. Anlagen

6.1 Kurze chronologische Übersicht

<u>Datum</u>	<u>Tagesabschnitt</u>	<u>Geschehen</u>
23. Juni	morgens	<ul style="list-style-type: none">- Fass mit verdorbenen Fleischabfällen platzt vor Fabrik Heil & Co.- großer Menschenandrang vor der Fabrik- Einbruch in die Fabrik und Demolierung, Entstehung von Gerüchten
	Weiterer Verlauf des Tages	<ul style="list-style-type: none">- Gewaltsame Verschleppung Heils auf den Rathausmarkt,- Versuch ihn in der Alster zu ertränken- Ausstellung der Fleischabfälle- Kein Eingreifen der Volkswehr
	Gegen Abend	<ul style="list-style-type: none">- Beruhigung der Menge
24. Juni	Vormittag	<ul style="list-style-type: none">- Erstürmung weiterer Fleischfabriken, darunter „Starck & Co.“ sowie „Roßkamp & Staack“- Verschleppung der Arbeiterinnen der Fabriken auf den Rathausmarkt und Demütigung dieser vor der Volksmenge
	Mittag	<ul style="list-style-type: none">- Erstürmung des Hamburger Kriegsversorgungsamtes- Reden der Arbeiterführer gegen vorgefallenen Lebensmittelmissbrauch- Zurschaustellung etlicher weiterer „Verantwortlicher“ auf dem Rathausmarkt- Schutzhaft im Rathaus für sämtliche gerettete Personen- Stellung von Forderungen durch Kommission der Bevölkerung und Entgegenkommen von Rusch
	Ab 15 Uhr	<ul style="list-style-type: none">- Anrücken von 150 Bahrenfeldern auf Anfrage der Polizeimannschaften im Rathaus- Von Lamp’l kurz darauf wieder entlassen- Rückrufung durch Lamp’l, selbst an der Spitze des Trupps- Erste Versuche, das Rathaus zu stürmen
	Nacht vom 24. auf den 25. Juni	<ul style="list-style-type: none">- Plünderung einiger Waffengeschäfte in der Nacht- 150 Mann Verstärkung unter Leitung von Hauptmann Senftleben marschiert Richtung Rathaus- Verkündung des durch Lamp’l ausgerufenen Belagerungszustands

25. Juni	morgens	- Absperrung des Rathausmarkts durch Bahrenfelder unter Senftleben; Probleme durch zu geringe Truppenstärke
	Gegen 6 Uhr	- Kommission mit weißen Fahnen verlangt Einstellung des Schießens und Hissen der weißen Fahne, Senftleben verweigert dies - Kommission trägt Forderung Lamp'1 vor; Lamp'1 verweigert diese ebenfalls - Lamp'1 zieht sich aufgrund einer Kopfverletzung in die Kommandantur nach Altona zurück - Rusch tritt als Vertreter Lamp'ls auf
	Ab 9 Uhr	- Weitere Verstärkung von ca. 75 Mann - Weiterhin großer Menschenandrang vor dem Rathaus
	Ab 12 Uhr	- Rückkehr der Kommission, Forderung eines Waffenstillstandes, Verhandlung unter anderen mit Rusch und Senftleben - Ausrufung des Waffenstillstandes - Frage nach dem aktuellen Befehlshaber in Hamburg, darauf basierende Falschmeldung des Wolff'schen Telegraphenbüros, die Kommission sei an der Macht - Zusammensetzen der Gewehre in der Rathauhalle und Verlassen dieser - Entwaffnung der militärischen Einheiten, Bruch des Waffenstillstandes ausgehend von der Volksmenge - Abzug der entwaffneten Bahrenfelder, diese geraten dabei unter Beschuss: 14 Tote - Erstürmung des Rathauses und anderer öffentlicher Gebäude
26. Juni		- Rückgang der Unruhen
27. Juni		- Befehl Noskes an Lettow-Vorbeck zum Einmarsch in Hamburg zur Wiederherstellung der politischen Ordnung - Wiederaufnahme des Sitzungsbetriebes der Hamburger Bürgerschaft
28. Juni		- Erneuerung des Belagerungszustandes durch Lettow-Vorbeck - Einmarsch der Reichswehrtruppen am 1. Juli

7. Anhang

7.1 Abbildungsnachweis

Cover: StaHH, Plankammer, 221-5 1919.33.6 a.

Abbildung 1: StAHH, Plankammer, 221-5 1919.33.7.

Abbildung 2: StAHH, Plankammer, 221-5 1919.33.2.

Abbildung 3: StAHH, Plankammer, 221-5 1919.35.4.

Abbildung 4: Im Besitz der Verfasser

Abbildung 5: StAHH, Plankammer, 221-5 1919.36.1.

7.2 Quellenverzeichnis

7.2.1 Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StaHH)

111-1 Senat

121-3 I Bürgerschaft I

213-4 Landgericht - Rechtsprechung

622-1/49 Familie Lamp'l

720-1 Plankammer

731-6 Zeitgeschichtliche Sammlung

741-4 Fotoarchiv

7.2.2 Zeitungen

- Hamburger Fremdenblatt. Börsen- und Handelsblatt. Schifffahrtsnachrichten.
- Hamburger Volks-Zeitung. Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
- Hamburgischer Correspondent und Hamburgische Börsen-Halle
- Kommunistische Arbeiterzeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei u. d. Allgemeinen Arbeiterunion Deutschlands

7.3 Literaturverzeichnis

BÜTTNER, Ursula: *Politischer Neubeginn in schwierigen Zeiten: Wahl und Arbeit der ersten demokratischen Bürgerschaft 1919-21*, Hamburg 1994

KOBER, Dieter: *Die Juni-Unruhen und die Besetzung Hamburgs durch die Reichswehr nach der Novemberrevolution*, Diplomarbeit der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Hamburg 1985

LIPPMANN, Leo: *Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit*, aus dem Nachlass hrsg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1964

PELC, Ortwin: *Hamburg: Die Stadt im 20. Jahrhundert*, Hamburg 2002

PHILIPSKI, Sven: *Erährungsnot und sozialer Protest: Die Hamburger Sülzeunruhen 1919*, Magisterarbeit der Universität Hamburg, Hamburg 2002

SCHULTE-VARENDORFF, Uwe: *Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution?*, Hamburg 2010

WEHLER, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949*, München 2003

WINKLER, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen I*, München 2000

7.4 Quellentexte

7.4.1 Bericht des Polizeihauptmannes Dithmer über die Juniunruhen

StaHH, 121-3 I, C727

Hamburg, den 9. August 1919

Bericht

Am 23. Juni 1919 gegen 11 Uhr vormittags wurde der Wache bekannt, dass sich in der kleinen Reichenstraße vor Nr.6-10 und im Schopenstehl eine grössere Menschenmenge ansammle, die das Geschäft von Heil zu stürmen drohte. Den Anlass hierzu bot eine Mitteilung, in dem genannten Geschäft würden verdorbene und gesundheitsschädliche Stoffe zu Sülze, die in den Verkehr gebracht werde, verarbeitet. Zwei Arbeiterinnen von Heil [...] bestätigten dem Oberwachtmeister Lis, dass auch ausgeweidete Ratten mit verarbeitet worden seien. Oberwachtmeister Lis begab sich mit Beamten der Wache 7 vor das Geschäft und sperrte die Eingänge ab. In die Fabrikräume, die sich in den Kellern der genannten Häuser befinden, waren etwa 100 Personen eingedrungen, angeblich, um sich von dem Zustand der zur Verarbeitung kommenden Stoffe zu überzeugen. Es gelang dem Oberwachtmeister, diese Personen aus dem Keller zu entfernen unter dem Hinweise, es sei bereits am 13. Mai 1919 [...] eine Meldung eingegangen und es werde sofort eine erneute Untersuchung eingeleitet werden. [...]

Als Oberwachtmeister Lis mit weiteren Beamten in die Kl. Reichenstraße zurückkehrte, waren [...] Personen wieder in die Geschäftsräume eingedrungen. Durch Zureden gelang es nochmals, die Leute zu entfernen. Auf der Straße war die Ansammlung größer und die Stimmung erregter geworden – die Ansammlung mochte wohl 1000 Köpfe betragen. Allem Anschein nach waren Hetzer an der Arbeit, denn gegen die Beamten und gegen die Behörde wurde der schwere Vorwurf erhoben, mit Heil unter einer Decke zu stecken. Verhandlungen mit den Leuten, sich doch zu entfernen, waren nur teilweise von Erfolg begleitet. Die Menge verlangte die Herausgabe des Heil und waren zu diesem Zwecke auch bereits Personen in das im II. Stock des Hauses Nr.6 gelegene Kontor gedrungen.

Als ein Gerücht verbreitet war, Heil sei mit Zustimmung der Beamten über die Dächer entkommen, gab es für die Angesammelten kein Halten mehr.

Die den Eingang absperrenden Beamten wurden überrannt und Heil unter Misshandlungen die Treppe herunter auf die Straße geschleppt. [...] Ein Versuch, Heil mit einem herbeigerufenen Krankenwagen wegzuschaffen, scheiterte daran, dass die Menge den Führer unter Drohungen zwang, sich zu entfernen. Die anwesenden Beamten waren der Menge nicht mehr gewachsen weshalb der Oberwachtmeister Lis [...] Verstärkung nach der Reichenstraße erbat. Es wurden hierauf unter Kommando des Kommissars Ruwolt die verfügbaren Beamten [...] nach der Reichenstraße beordert. Die hierauf nach und nach eingetroffenen Beamten betrogen einschließlich der schon anwesenden etwa 30. Diese Beamten genügten aber noch nicht und erbat Kommissar Ruwolt von der Kommandantur Groß-Hamburg Verstärkung von Volkswehrmannschaften. [...]

Mit einem Teil der Beamten und den Volkswehrmannschaften wurde versucht, die Straße zu säubern. Dies vollständig durchzuführen, gelang leider nicht, da die Volkswehrmannschaften trotz des Ersuchens, energischer vorzugehen, einfach versagten.

Während der Räumung fuhr abermals ein bestellter Krankenwagen vor und es gelang auch Heil in denselben zu entkommen. Als der Wagen abfuhr, stürmten die Menschenmengen von allen Seiten zusammen, umringten den Wagen, spannten die Pferde aus und versuchten trotz energischer Abwehr, die Beamten abzudrängen, um Heil aus dem Wagen zu reißen. Wenn ihnen dies auch nicht gelungen ist, haben die Beamten es doch nicht verhindern können, dass die Menge mit dem Wagen davon raste. Anwesende Mannschaften der Volkswehr erboten sich, weil sie mit Gewehren ausgerüstet waren, den Wagen nach dem Stadthause zu begleiten; sie sind aber scheinbar ebenso wie die Beamten abgedrängt worden, denn beim Davonfahren des Wagens sind sie nicht mehr gesehen.

Der Fall ist an und für sich bedauerlich, doch war es unter den obwaltenden Umständen nicht möglich, den Schutz des festgenommenen Heil auszuüben. Die Schusswaffen gegen die sehr erregte Menge anzuwenden, konnte der Führer nicht verantworten, da bei der geringen Anzahl der Beamten und der Art der Schusswaffe – Pistole – ein Erfolg von vornherein ausgeschlossen war. Heil musste daher seinem Schicksal überlassen werden. Die Menge ist mit dem Wagen nicht nach dem Stadthause, sondern nach dem Rathausmarkt gefahren und hat Heil in die sogenannte kleine Alster geworfen. Die Wachtmeister Liebe und Christiansen von der Wache 2, die auf dem Rathausmarkt Patrouille gingen, haben sich bemüht, Heil zu retten, was nicht leicht war, da sie erst vom Jungfernstieg her ein Boot besorgen mussten.

Die in der Reichenstraße versammelten Beamten sind, mit Ausnahme derjenigen zum Schutze des Geschäftes von Heil erforderlichen, nach der in der Nähe belegenen Wache 7 [...] zusammengezogen, um sich zur Verfügung zu halten. Als bekannt wurde, dass Heil nicht nach dem Stadthause, sondern nach dem Rathausmarkt gebracht sei, sind die Beamten sofort nach dem Rathausmarkt beordert. Außerdem sind dorthin sofort weitere Beamte herbeigerufen. Heil war von unbekannt gebliebenen Personen aus dem Wasser gezogen und unter Begleitung der Volkswehrwoche des Rathauses in letzteres gebracht worden. Heil, der seiner Kleidung fast beraubt und persönlich auch ziemlich stark misshandelt worden war, ist verbunden und nach der Untersuchung durch Herrn Polizeiarzt Dr. Lührs im Kraftwagen der Kriminalpolizei nach dem Polizeigefängnis in Untersuchung abgeführt.

Im Laufe des Abends sind noch erregte Gruppen von Personen, ohne dass es die Polizeibeamten verhindern konnten, in das Kontor und die Geschäftsräume der Heil gedrungen, haben Kontorgegenstände zerschlagen und teilweise auf die Straße geworfen. Auch haben sie Behälter mit in Verarbeitung befindlichen Stoffen genommen und zur Schau auf den Denkmalsplatz des Rathausmarktes gebracht. Im Laufe des Nachmittags haben bis spät in die Nacht hinein mehr oder weniger starke Ansammlungen vor dem Rathause stattgefunden, doch sind Ausschreitungen nicht vorgekommen. Die mit den erwähnten Stoffen auf dem Rathausmarkt aufgestellten Behälter sind später in eine Kippstelle geschafft. Das Geschäft von Heil ist weiterhin durch Beamte überwacht.

Am 24. Juni 1919 morgens sammelte sich vor dem Geschäft von Heil wieder eine große Menschenmenge an, sodass eine größere Menschenmenge an, sodass eine größere Zahl von Beamten zur Verhinderung von Gewalttaten aufgeboten werden musste. Man konnte von der Straße aus in die Räume hineinsehen und es war schwer die Menge fernzuhalten. Um das Innere den Blicken des Publikums zu entziehen, wurde die Finanzdeputation als Eigentümerin des Hauses ersucht, die Eingänge und Fensteröffnungen durch Bretter vernageln zu lassen. Diesem Ersuchen ist Folge gegeben. Auch sind die beschlagnahmten Häute usw. auf Veranlassung der Gesundheitspolizei durch die Abdeckerei abgeholt worden. Die Ursachen von Ansammlungen vor dem Geschäft von Heil waren hiermit beseitigt.

Die Stimmung eines großen Teiles der Bevölkerung war aber eine äußerst gereizte. Auf dem Rathausmarkt und seiner Umgebung, sowie in der Nähe des Stadthauses fanden Ansammlungen erregter Mengen, die Ausschreitungen befürchten ließen, statt. [...]

Die in dem Heil'schen Geschäft tätigen Personen waren teilweise ermittelt und wurden durch erregte Mengen, entweder zu Fuß oder auf Wagen durch die Stadt geschleppt.

Die seit Mittag vor dem Rathause zusammengeströmten Mengen wurden hierdurch erheblich vergrößert. Die allgemeine Lage begann kritisch zu werden, weshalb um 1 Uhr 23min, auch der übrige Teil der Schutzmannschaft alarmiert wurde.

Es wurde die Fleischversorgungsstelle und das Kriegsversorgungsamt arg bedroht, sodass [...] Beamte entsandt werden mussten.

- In die Räume des Kriegsversorgungsamtes ist eine selbständige Wache gelegt worden. [...]

Die im Rathaus anwesenden Beamten haben auch zum Schutze einer vor einen Straßenbahnwagen geworfenen Person und gegen Plünderung eines Geschäftes auf dem Neuenwall einschreiten müssen; desgleichen sind Herr Oberregierungsrat Dr. Lippmann, Leiter des Kriegsversorgungsamtes, sowie der Direktor der Blindenanstalt nebst Frau und der Inspektor dieser Anstalt, welche sämtlich durch den Pöbel auf den Denkmalsplatz geschleppt waren, durch diese Beamten gegen Gewalttätigkeiten geschützt und ebenfalls ins Rathaus geführt. –

In der Blindenanstalt sollen an die Anstaltsinsassen angeblich schlechte Nahrungsmittel verabfolgt sein. Die Verschleppung der Personen aus der Blindenanstalt nach dem Rathausmarkt hat, [...] nicht verhindert werden können, weil die Menge beim Eintreffen der Beamten bereits in die Anstalt eingedrungen und mit den Personen davongezogen war.

Die Ansammlungen auf dem Rathausmarkt hielten den ganzen Nachmittag an. Die Stimmung der Leute nahm an Gereiztheit zu, und wurde geradezu drohend, als beim Hineinschaffen des Direktors der Blindenanstalt von den mittätigen Mannschaften der Volkswehr, m.E. ohne jeden Grund, geschossen wurde. – Angeblich soll eine Person und ein Kind sogar getroffen worden sein. – Die Personen bedrängten das Rathaus so sehr, dass sie durch einen Wasserstrahl ferngehalten werden mussten.

Die Kommandantur Altona wurde durch Ferngespräch auf dem Laufenden gehalten. Gegen 6 Uhr rückte zur Säuberung der Umgebung des Rathauses die Bahrenfelder Freiwilligen-Truppe an. Sie soll beim Anmarsch arg bedroht und von der Schusswaffe Gebrauch zu machen gezwungen gewesen sein. Gleich nach dem Eintreffen ist durch die Truppe die Säuberung der Umgebung des Rathauses vorgenommen. Die Beamten der Schutzmannschaft und die Mannschaften der Volkswehr hatten den Auftrag, das Rathaus gegen Eindringlinge zu schützen, falls doch an irgend einer Stelle die Absperrungslinie der Truppen durchbrochen werden sollte.

Die Truppen wurden arg bedrängt und konnten nicht mehr verhindern, dass der Flügel des Börsengebäudes am Altenwall und zwei Kraftfahrzeuge der Militärverwaltung in Brand gesteckt wurden. [...]

Der Kampf mit den Aufrührern dauerte auch nach dem Eintreffen von Verstärkungen während der ganzen Nacht und auch am nächsten Tage bis nachm. fort. Als die Truppe gezwungen war, die Waffen zu strecken, konnte auch die Polizei nicht gegen die Gewalt an, hat teilweise sogar ebenfalls die Waffen zurücklassen und den Schutz des Rathauses aufgeben müssen.

Die größten Unruhen haben sich zwar im Innern der Stadt zugetragen, doch liefen im Laufe des Nachmittags aus fast allen Stadtteilen Meldungen ein, über plötzlich aufgetretene Ansammlungen und Demonstrationen welche die Ansicht, in die Konservenfabriken und ähnliche Betriebe einzudringen, zu erkennen gaben. [...] Ferner wurde gemeldet, dass Wachen zwecks Herausgabe der Waffen belagert wurden. Die Außenbezirke zu Gunsten der Stadt noch mehr zu entblößen, war nicht zu verantworten. Aus diesem Grunde konnten die in der Stadt zusammengezogenen Kommandos nicht mehr verstärkt werden. Es darf auch darauf hingewiesen werden, dass die Schutzmannschaft zurzeit an Zahl recht schwach und daher großen Menschenmengen gegenüber wirksam einzuschreiten nicht in der Lage ist. [...]

Gez. Dithmer
Polizeihauptmann

StaHH, 121-3 I, C727

7.4.2 Bericht Fred S. Baumann

StaHH, 121-3 I, C727

Bericht über die Unruhen in Hamburg am 24. und 25. Juni 1919

Reg. Rat. Fred. S. Baumann

[...] Die Anwesenheit und die Gespräche mit Hörning, sowie die anscheinend künstlich geschürte Erregung der Masse machten mich auf die Möglichkeit aufmerksam, dass eine Gruppe unentwegter Radikaler vielleicht im Gegensatz zu ihrer Parteileitung den Zeitpunkt für gekommen hielt, eine Machtprobe zu veranstalten. Es war mir bekannt, dass auch Bestrebungen für einen Eisenbahnerstreik im Gange waren. Vom Winter her kannte ich die Taktik der Linksradikalen, die Massen durch wirtschaftliche Fragen in Erregung zu bringen und dann geschickt im letzten Augenblick der Bewegung eine politische Spitze zu geben. Nach Büroschluss wollte ich mir daher nochmals die Vorgänge auf dem Rathausmarkt ansehen. Ich hatte sofort das Gefühl, dass die Spannung kritisch geworden war. Es war soeben der Direktor des Blindenheims von den Polizisten ins Rathaus geholt worden. Die Menge hatte nachgedrängt und zur Deckung des Rückzugs der Polizisten hatten die Sicherheitsmannschaften eine Salve blind abgefeuert. Die Menge behauptete, es sei jemand verwundet worden, und suchte weiter, an das Rathausportal heranzukommen. Sie wurde von den Sicherheitsmannschaften durch einen Strahl aus der Feuerspritze abgewiesen. Da dieser jedoch durch das geschlossene Gitter zerstäubt wurde, war er wenig wirksam und die Abwehr machte den Eindruck hilfloser Gereiztheit. Es machten sich deswegen auch einige Halbstarke ein Vergnügen daraus, immer wieder den Strahl herauszufordern. Um auf dem Rathausmarke Luft zu machen wurden von einem Sicherheitsmann vom Rathausbalkon Stinkbomben geworfen, doch auch damit kein nachhaltiger Erfolg erzielt. Die Menge drängte weiter heran, und Halbstarke suchten die Rathausfenster zu zertrümmern. Einem gelang es mit einem halben Kommisbrot, das Fenster zu meinem Büro einzuschlagen. Dies veranlasste mich, wieder ins Rathaus zu gehen, das ich durch den Westausgang betrat. Auf dem Wege begegnete ich Reich und Rieper (U.S.P.). Rieper sagte mir, es wäre eine Fraktionssitzung im Rathause.

Als ich das Büro betrat, fand ich einen Mann vor, der mit einigen Drohworten den Raum durch das Fenster verließ, woher er anscheinend gekommen war. Ich veranlasste daraufhin, dass ein Schutzmannsposten das Hochparterre sicherte.

In der Rathauhalle standen Schutzleute und Sicherheitsmannschaften in Gruppen zusammen. Zwei Zivilisten redeten auf sie ein und schlugen verschiedene Mittel zur Beruhigung der Menge vor. Unter anderem wurde auch darüber gesprochen, dass Schutzleute und Sicherheitsmannschaften die Waffen abgeben oder unbrauchbar machen sollten. Einer von den beiden Zivilisten hielt darauf eine Ansprache an die Menge von dem Hochparterrefenster aus und regte die Bildung einer Kommission der Menge an, die mit der Rathausbesetzung verhandeln sollte. Während des ersten Teils dieser Rede telefonierte ich mit dem Generalstabs-Hauptmann Danner im Generalkommando Altona, und teilte ihm mit, dass eine Besprechung der U.S.P. Fraktion stattfände, die bei dem früheren Vorgehen von Bergmann möglicherweise eine politische Bedeutung haben könnte. Bezüglich der Gesamtlage berichtete ich, dass ich einen Sturm auf das Rathaus im Augenblick nicht für wahrscheinlich hielt, wies aber darauf hin, dass es an einer verantwortlichen Leitung im Rathause anscheinend fehle, da das Verhalten der Sicherheitsmannschaften einen aufgeregten und kopflosen Eindruck mache. Ich erbot mich, ihn weiter über die Lage zu unterrichten. Danner erwiderte, dass Lamp'1 mit Bahrenfeldern kommen werde, da er wiederholt von dem Führer der Sicherheitsmannschaften um Hilfe ersucht sei. Insbesondere sei die Nachricht, dass Zivilisten mit den Mannschaften wegen Übergabe der Waffen verhandelten, entscheidend für die Entsendung gewesen.

Im Verfolg der Rede des Zivilisten erschien eine Kommission, die von der Menge draußen bestimmt war, um mit dem Leiter der Schutzmannschaft und dem Volkswehrführer zu verhandeln. [...]

Bei den Kommissionsmitgliedern machte sich eine starke Erregung gegen die Polizei- und die Sicherheitsmannschaften bemerkbar. [...] Einzelne Schutzleute und ein großer Teil der Sicherheitsmannschaften machten einen eingeschüchternen Eindruck. Es lag die Befürchtung nahe, dass, falls die Verhandlung nicht unter verantwortlicher Leitung in geordnete Bahnen geleitet würde, unerwünschte Beschlüsse gefasst werden könnten. Wann Lamp'1 eintreffen würde, war nicht abzusehen. [...]

Mitten in eine Rede von Grünefeldt fiel das Erscheinen der Bahrenfelder.

Für den weiteren Verlauf der Besprechung beziehe ich mich auf den Bericht des Fremdenblattes vom...

Am folgenden Morgen kam ich gegen 9 Uhr ungehindert ins Rathaus. Es fiel mir auf, dass nicht mehr Massnahmen für die Verteidigung getroffen waren. Insbesondere fehlte es an irgendwelchen Fernsprechverbindungen, sodass eine Gefechtsleitung nicht möglich war. Nachdem durch Vermittlung der Zwölferkommission ein Waffenstillstand vereinbart war, wurde durch Trompetensignal das Zeichen zum Einstellen des Feuers gegeben.

Kurz darauf beobachtete ich vom Fenster des Sitzungssaals der Finanzdeputation wie die Postierungen die vom Kaiser Wilhelm Denkmal zurückgingen, von bewaffneten Zivilisten auf dem Rathausmarkt entwaffnet wurden. Als ich auf der Suche nach dem Kommandanten Hauptmann Senfleben kurz darauf in die Börse kam, zog gerade eine Schar bewaffneter Zivilisten unter Vorantragung einer weißen Fahne durch die Börse. Die Postierungen der Bahrenfelder drückten sich vor ihnen schnell zur Tür nach dem Rathaushof hinaus.

In der Rathauhalle suchte ich einen Feldwebel der Bahrenfelder zu bewegen sofort die Börsentür abzusperrern, da eine Verteidigung des Rathauses unmöglich würde, wenn der Hof von Zivilisten besetzt sei. Er schien unter dem Einfluss von Alkohol zu stehen und verweigerte dies als zwecklos, da ohnehin der Gegner von dem angeblich höheren Dach der Reichsbank den Rathaushof bestreichen könnte. Mehrere Volkswehrleute, insbesondere ein Matrose, die das Gespräch mit anhörten, nahmen daraufhin eine drohende Haltung gegen mich ein. Ich sah ein, dass ein Teil der Truppe, demoralisiert und ohne Führung – Offiziere sah ich nicht – nicht kämpfen wollte, ging in mein Büro, um meine Schreiber zu benachrichtigen, dass es Zeit wäre sich zu entfernen. [...]

Die Bahrenfelder befanden sich in grosser Zahl in der Rathauhalle. Es rieten einige, von den Fenstern wegzugehen, um die Zivilisten auf dem Hof nicht zum Feuern zu reizen. [...]

Fremdenblatt Abendausgabe vom 25. Juni 1919

Der kritische Moment am Dienstag

[...] Die Wortführer der Kommission [...] legten in längerer Ausführung dar, dass die Menge auf dem Rathausmarkt sich durch das Vorgehen der Schutzmannschaft und der Volkswehr auf dem Rathausmarkt zur Ingewahrsamnahme des Blindenhausdirektors, wobei auch scharfe Schüsse gefallen wären, sich „proviziert“ fühlte.

Von dem Vertreter der Schutzmannschaft, Herrn Kommissar Ruwolt, wurde ein unsachgemäßes, „provozierendes“ Verhalten der Schutzmannschaft entschieden bestritten; diese seien unbewaffnet gewesen.

In diesem Augenblick der Besprechung trafen die Bahrenfelder Freiwilligen ein. Man hörte ein Gejohle und unmittelbar darauf Schüsse. Der Kommission bemächtigte sich große Erregung, die Sitzung wurde unterbrochen. Vom Fenster aus konnte man die Menge davonstieben sehen. Vor dem Fenster lagen zwei Schwerverwundete. Die bisherige Erörterung wurde verlassen, die Kommissionsmitglieder erbat möglichst umgehende Aufklärung des Vorfalls und den Befehl zum Einstellen des Schießens. Auf dem Rathaushof traf ich Rusch und Lamp'l. Lamp'l ordnete in meiner Gegenwart an, dass nicht mehr geschossen werden sollte. Das Schießen war ohnehin schon eingestellt. Rusch begleitete mich zur Sitzung und teilte folgendes mit:

Die Bahrenfelder Freiwilligen seien erst auf mehrmaliges Anfordern der Rathausbesatzung in Marsch gesetzt worden, insbesondere als gemeldet wurde, dass Personen im Rathaus die Besatzung zum Niederlegen der Waffen zu bewegen suchten. Auf dem Altenwall sei die letzte Gruppe von der Menge angefallen worden, einigen Soldaten wurden die Waffen und Handgranaten weggerissen und sie selbst zu Boden geworfen. Als die Gruppe in die Gefahr geriet, abgeschnürt und die am Boden liegenden Soldaten in die Gefahr tot getreten zu werden, haben die letzten beiden Gruppen ohne weiteren Befehl in der Notwehr das Feuer eröffnet, zunächst Schreckschüsse und als die Menge nicht locker ließ, scharf.

Den Vorgang hat Rusch aus allernächster Nähe selbst beobachtet. [...] Auf die Schüsse hin eilte Lamp'l, der an der Spitze des Zuges sich befand, nach hinten und ordnete persönlich die Einstellung des Feuers an.

Auf den Bericht von Rusch hin erhob sich eine längere Diskussion über die Notwendigkeit der Herbeiführung der Bahrenfelder Freiwilligen. Indessen lebte das Feuer draußen wieder auf. [...]

Die Kommission beriet eine Weile unter sich, während ich draußen mit Rusch zusammen feststellte, dass da Rathaus von draußen beschossen wurde. [...]

7.4.3 Ausschussbericht

StaHH, 111-1, Cl. VII Lit. Me No.12 Vol. 24 Fasc. 11b

Dezember 1920

Bericht des von der Bürgerschaft am 4. Juli 1919 zur Prüfung des Antrages des Senats (Nr. 143 von 1919), betreffend Bewilligung von Mitteln anlässlich der Auflösung der Volkswehr, niedergesetzten Ausschusses zur

Untersuchung der Unruhen vom 24. und 25. Juni 1919

4. Die Vorbereitung und Organisierung der Unruhen.

Der Ausschuss ermittelte eine ganze Reihe von Umständen, die dafür sprechen, dass die Unruhen planmäßig hervorgerufen und geschürt worden sind. So wurden der Polizei, wie bereits erwähnt, Aussagen von Volkswehrführern der unabhängig-sozialistischen Partei bekannt, dass zum Sturze der Regierung alle Vorbereitungen getroffen seien und durchgeführt würden, wenn Ledebour verurteilt werden sollte.

Das Verhalten der Redner in den Debattierklubs war eine planmäßige Aufhetzung der Bevölkerung gegen die Regierung. Die Debattierklubs waren organisiert und wurden von bezahlten Leuten geleitet. Verschiedenen Polizeibeamten gegenüber sind von Teilnehmern an den Debattierklubs Äußerungen gemacht worden, wonach der Ausbruch von Unruhen bevorstand. Am 24. Juni wurde der Polizeibehörde gemeldet, dass zahlreiche Personen von dem Büro der Kommunistischen Partei in der Rosenstraße nach allen Seiten der Stadt ausschwärzten. Ein Kriminalbeamter hat an demselben Nachmittag beobachtet, dass auf dem Rathausmarkt ein Lastkraftwagen eintraf, von dem aus durch einen bewaffneten Zivilisten Gewehre an jeden, der an den Wagen herantrat, verteilt wurden. Neben dem Auto stand ein der Polizeibehörde bekannter Mann, der im Februar 1915 vom stellvertretenden Generalkommando XV wegen Spionageverdachts nach Hamburg abgeschoben war und an den Unruhetagen bei der Erstürmung des Stadthauses mittätig war. Die Zentralpolizeistelle vermutet hiernach, dass die Unruhen nicht lediglich die Folge der Erregung der Bevölkerung über die Lebensmittelfälschungen des Heil waren, sondern im unmittelbaren Zusammenhang mit den angekündigten Umsturzbestrebungen standen. Sie bezweifelt nicht, dass das weitere Vorgehen gegen die Konservenfabriken unter systematischer Leitung stand.

Auch die Beamten, die zuerst bei der Fabrik von Heil tätig waren, hatten den Eindruck, dass Hetzer an der Arbeit waren, weil immer, wenn die Volksmenge sich beruhigen wollte, das Gerücht auftauchte, dass die Polizei den Heil hätte entwischen lassen, wodurch die Erregung neu angefacht wurde. In den ersten Stunden war die Erbitterung unter der Menge nicht so groß, wie sie später auf Grund derartiger Gerüchte wurde.

Für ein planmäßiges Vorgehen der Aufrührer spricht auch der Umstand, dass plötzlich aus den Novembertagen 1918 bekannte Persönlichkeiten, wie Thiel und Setter und ein bekannter Kommunist, der aus Buchholz herübergekommen war, auftauchten. Das Ziel dieser Personen war namentlich das Stadthaus, von wo aus die Menge bewaffnet wurde. Diesen schlossen sich Verbrecher an, die die Zimmer geöffnet haben wollten, wo die Fingerabdrücke und die polizeilichen Photographien sich befanden. Nur dem energischen Auftreten einiger weniger Beamten ist es zu verdanken, dass das Erkennungsmaterial der Polizeibehörde nicht völlig vernichtet wurde. Die Beamten erfuhren von den am Abend des 25. Juni im Stadthause ein- und ausgehenden Marinepersonen, dass sie zur Beteiligung an den Vorgängen in Hamburg mit 40 Mann von Wilhelmshaven gekommen waren. Auch von Lübeck und Schwerin waren Mitglieder des Großen Arbeiterrates gekommen, die sich hier bei der 12er Kommission erkundigten, ob sie auch in Lübeck und Schwerin losschlagen sollten. Ein Mitglied der Kommission erklärte ihnen, dass der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei.

Ein Mitglied des Ausschusses, das der Betriebsräteversammlung am 25. Juni morgens beigewohnt hat, hat von mehreren Rednern Äußerungen des Inhalts gehört, dass die Unruhen zu früh gekommen seien. Sie hätten erst ausbrechen sollen, wenn der Eisenbahnerstreik, der damals in verschiedenen Gegenden angezettelt war, so weit ausgedehnt wäre, dass er die Basis für die Unruhen abgegeben hätte. Die Unruhen hätten gleichzeitig an mehreren Stellen losbrechen sollen, damit die Truppen nicht überall hinkommen könnten. Es sei noch kein Verrat an der Revolution, wenn man noch einige Tage warte, bis durch Ausdehnung des Streiks der Erfolg gewährleistet sei. Jetzt handle es sich bloß um harmlose

Lebensmittelunruhen; man müsse den Kampf verlegen in die Betriebe, wo die Macht des Proletariats herrsche. Ein anderes Mitglied des Ausschusses, das diese Äußerungen ebenfalls gehört hat, hat bestätigt, dass diese Äußerungen gefallen seien, und zwar seien sie von Wolffheim gemacht. Die Äußerungen hätten den Sinn gehabt, dass die Arbeiter beruhigt werden sollten, um nicht aus den Betrieben herauszugehen, wodurch die Unruhen eine gewaltige Verstärkung erfahren haben würden.

Das erste Ausschussmitglied hat dazu erklärt, dass die Äußerungen nicht dahin hätten verstanden werden können, dass die eine Beruhigung der Arbeiterschaft herbeiführen sollten. Lamp'l hält es für nicht feststellbar, dass der Putsch von Anfang an durch eine politische Partei inszeniert worden ist. Erst im Laufe des Abends und der Nacht habe die Sache einen politischen Anstrich bekommen. Eine Leitung sei nicht genau festzustellen gewesen. Auch Hauptmann Danner erklärt, dass die Absperrung bei der Beschießung des Rathauses auf ein planmäßiges Vorgehen hindeute.

Dem Regierungsrat Baumann ist am 24. Juni in den Räumen des Kriegsversorgungsamtes ein Mann aufgefallen, der in den Debattierclubs auf dem Rathausmarkt eine Rolle gespielt hatte und den er für einen kommunistischen Agitator hielt. Er sprach ihn als „Bekanntes vom Rathausmarkt her“ an und fragte ihn, wohin „die übrigen kommunistischen Führer“ gegangen seien. Der Mann ging sofort darauf ein und sagte ihm, sie wären mit dem Wagen unterwegs, um weitere Beschlagnahmen durchzuführen.

Der Oberregierungsrat Dr. Lippmann hat den Eindruck gehabt, dass der Überfall auf das Kriegsversorgungsamt organisiert war. Ihm gegenüber haben sich die Eindringlichen als Mitglieder der Kommunistischen Partei bezeichnet.

Am Nachmittag des 25. Juni erschien auf der Kommandantur in Altona eine sogenannte Kommandantur-Kommission des 12er Ausschusses mit den Kommandantur-Soldatenräten, die aus Unabhängigen und Kommunisten bestand. Sie erklärten, dass die Volkswehr mit der organisierten bewaffneten Arbeiterschaft die Ruhe herstellen wolle und sie die Maßnahmen der Kommandantur zu kontrollieren hätten.

Senatssyndikus Dr. Walli ist der Meinung, dass irgendwelche Drahtzieher bei den Unruhen vorhanden gewesen sein müssen, denn seiner Ansicht nach können solche Zusammenrottungen an einem Platze zu bestimmter Zeit nicht von selbst entstehen. Ob die Vorbereitungen von politischer Seite, insbesondere von einer politischen Partei, ausgegangen sind, kann er nicht bestimmt sagen. Er glaubt es nicht, da die Sache so ungeschickt gemacht worden sei, dass politisch geschulte Personen sie seiner Meinung nach nicht zum Zwecke des Umsturzes inszeniert haben.

Alle diese Betrachtungen führen zu dem Schlusse, dass die Erregung unter der Bevölkerung bereits geraume Zeit vor den Unruhen planmäßig geschürt worden sein muss, um sie bei gegebener Gelegenheit hell aufflammen zu lassen und dass während der Unruhen selbst bestimmte Personen die Erregung weiter gesteigert und versucht haben, die Vorgänge für ihre politischen Zwecke auszunutzen.

Dass die Leitung einer bestimmten Partei für die Unruhen unmittelbar verantwortlich zu machen ist, ist durch die Untersuchungen des Ausschusses nicht erwiesen worden.

Nachdem die vorstehend erwähnten Zeugen von dem Ausschusse vernommen waren, wurden ihm einige Strafakten des außerordentlichen Kriegsgerichts zugänglich, die seine Auffassung in vollem Umfange bestätigten und Aufklärung darüber schufen, welche Kreise es gewesen sind, die von langer Hand die Unruhen vorbereitet haben, und welche Ziele sie dabei im Auge gehabt haben. Ein ehemaliger Angehöriger der Volkswehr hat dem Gericht über die Vorbereitung und Entstehung der Unruhen folgendes berichtet: Ende März oder Anfang April 1919 wurde in einer von den Führern der Volkswehr besuchten Versammlung beschlossen, die Sicherheitsmannschaften dahin zu unterrichten, dass sie für die fernere Zeit Ruhe und Besonnenheit bewahren möchten, um nicht das zu zerstören, was die organisierte Arbeiterschaft beschlossen und vorbereitet habe, nämlich den Sturz der Regierung, hauptsächlich von Lamp'l. Diese Erklärung wurde von den Obleuten, den Vertrauensmännern der revolutionären Parteien, von Blohm & Voß abgegeben. Am nächsten Tage standen von den revolutionären Obleuten einberufene Versammlungen von Führern und von Mannschaften der Volkswehr statt, in denen für den 19. April ein Demonstrationzug der Arbeitslosen beschlossen wurde. Es wurde darauf hingewiesen, dass es nach der Demonstration zu Krawallen kommen würde, und die Volkswehrführer wurden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsmannschaften sich passiv verhielten. Der Leiter der Versammlung war der Obmann des Arbeiterrats von Blohm & Voß. Er setzte den Sicherheitsmannschaften auseinander, wie es gemacht würde, wenn Unruhen einträten und wie es an anderen Orten gemacht worden sei. Der beabsichtigte Demonstrationzug fand auch tatsächlich statt und führte am 19. April und den nächsten Tagen zur Beraubung von Restaurants und Lebensmittelgeschäften, zur Erstürmung von Polizeiwachen und zu anderen Exzessen. Die Folge dieser Vorgänge war die Verhängung des Belagerungszustandes. Um die Sicherheitsmannschaften weiter in Unruhe zu halten, wurde am 27. April eine Versammlung der Mannschaften einberufen, in der der Vorsitzende der Vertrauensleute der Kommandantur das Gerücht aussprengte, dass Lamp'l ein Gesuch der Sicherheitsmannschaften um eine Teuerungszulage von M 500 in den Papierkorb geworfen habe. Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes wurde die Verbindung zwischen den revolutionären Obleuten und den Führern der Sicherheitsmannschaften wieder aufgenommen.

In einer Ende Mai stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, die nächste Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Belieferung mit Lebensmitteln dazu zu benutzen, um wieder einen Krawall herbeizuführen, bei dem endlich die hamburgische Regierung gestürzt werden sollte. Die anwesenden Volkswehrleute waren damit einverstanden, dass die Volkswehr nicht eingreifen sollte. Die Krawalle sollten in mehreren Städten gleichzeitig losgehen. Am 24. Juni wurde den Erwerbslosen in den Arbeitsnachweisen bekannt gegeben, dass sie sich am Nachmittag um 4 ½ Uhr auf dem Rathausmarkt einfinden sollten, wo sie weitere Anweisungen erhalten würden. Dabei wurde gesagt, es solle eine Demonstration gegen den Sülzefritzen (Heil) stattfinden. Bei den späteren Vorgängen tat sich ein Mann besonders hervor, der erklärte, er sei mit 150 Mann zu der Sache von Cuxhaven herübergekommen.

Aus diesen Bekundungen ergibt sich, dass die Unruhen von langer Hand von den revolutionären Obleuten in Verbindung mit Angehörigen der Volkswehr vorbereitet worden sind und den Sturz der hamburgischen Regierung herbeiführen sollten.

Bei den Verhandlungen der Bürgerschaft ist von dem Mitgliede der Bürgerschaft Rusch ein Ausweis erwähnt worden, der einem Kutscher ausgestellt sein und durch den diesem mit Unterschrift und Stempel der U.S.P. bescheinigt sein soll, dass er im Dienste der revolutionären Truppen stehe. Der Ausschuss hat sich diesen Schein, der sich in einer Strafake befindet, verschafft; es handelt sich um einen Passierschein, den ein Brotwagenführer am 25. Juni erhalten hat. Auf ihm ist bestätigt, dass der Kutscher im Dienste der revolutionären Partei steht. Der Schein ist mit einem Stempel der U.S.P. abgestempelt. Ein der U.S.P. angehöriges Mitglied des Ausschusses hat dazu erklärt, der Stempel sei kein offizieller Parteistempel, sondern ein Entwertungsstempel, den die Parteikassierer zur Entwertung der Marken hätten. Der Ausschuss konnte aus diesem Stempel nicht entnehmen, dass maßgebende Personen der unabhängigen sozialistischen Partei die Aufrührer geschützt haben. Die Beobachtung von Kamprath, dass Bergmann verlangt haben soll, dass an die Spitze des Flugblattes gesetzt würde „Die politische Macht übernimmt die 12er Kommission“, erschien dem Ausschuss als nicht zuverlässig, da Bergmann entschieden bestreitet, etwas derartiges gesagt zu haben, und Kempkens seine Darstellung bestätigt. Am 25. Juni gegen Abend kam der Leiter des Wolffschen Telegraphenbüros in Hamburg, Korfmacher, ins Rathaus. Er fand dort zahlreiche bewaffnete Arbeiter und Volkswehrleute. Er fragte, wer denn jetzt etwas zu sagen hätte und wo die Leute wären, und wurde in das Zimmer neben dem Bürgerausschusszimmer gewiesen.

Er traf dort 10 oder 11 Männer, die er dem Ansehen nach aus der Revolutionszeit kannte, deren Namen er aber nicht wusste. Bekannte politische Führer waren nicht darunter. Er fragte, wer die Macht jetzt in den Händen hätte. Ihm wurde geantwortet: „Wir“. Er verlangt dann eine Präzisierung, wer das sei, und sagte, er möchte das doch schriftlich haben. Es wurde dann von ihm nach Diktat eine schriftliche Erklärung aufgesetzt, worin gesagt wurde, dass die politische und die militärische Gewalt in den Händen der 12er Kommission oder der bewaffneten Arbeiterschaft läge. Darauhin veröffentlichte er durch das Wolff'sche Büro eine dahingehende Nachricht. Der Ausschuss hat nicht aufklären können, welche Personen an dieser Besprechung teilgenommen haben. Jedenfalls war es vom Wolff'schen Büro höchst unvorsichtig auf Grund der Angaben von unbekanntenen Personen eine derartige Notiz in die Presse zu bringen.

7.5 Das Lied von der Sülze⁹¹

- 1) Hört zu: die große Moritat
In Hamburg ein Kommerzienrat,
Macht Sülze delikat und fein
Ganz ohne Hammel, Rind und
Schwein.
- 2) Desgleichen fabrizieren sie,
Pannier auch Starck und Kompanie
Sie kochten Ratten, Katz' und Hund'
Und machten sich dabei gesund.
- 3) Auch Vorarbeiter, Meisterin
Sie strebten mit zufried'nem Sinn
Denn Schweigegeld viel tausend
Mark
Zahlt Jacob Heil, Pannier und Starck
- 4) Sie waren g'rad die Richtigen
„Nur freie Bahn dem Tüchtigen“
Und heimlich wurde Nacht für Nacht
Die Kriegsversorgungs-Sülz' gemacht.
- 5) Sogar die hohe Polizei
Dacht' gar nichts Böses sich dabei.
Sah man auch nirgends in der Stadt
Mehr Hunde, Katzen oder Ratt'.
- 6) Fünf Mark nur kostete das Pfund
Der Sülz' von Ratten, Katz' und
Hund'.
Weshalb dem armen Proletar'
Die Sache unerschwinglich war.
- 7) Das speiste nur die Haute vollée
Mit gutgespicktem Port'monnaie,
Und jedem es vorzüglich schmeckt,
Daß er sich alle Finger leckt.
- 8) Und das Geschäft ging glatt und
schlank
Bis es zuletzt gen Himmel stank.
Da stürmte man die Sülz'fabrik
Und nahm den Jacob beim Genick.
- 9) Dem hochgeehrten Publikum
Dreht sich das Herz im Leibe um
Als es im Kalk die Felle sah
Nebst Gammel, Dreck etcetera
- 10) Man prügelt Jacob windelweich,
Setzt ihn auf einen Wagen gleich,
Die Pferde werden ausgespannt,
Und schiebt ihn fort mit eigener Hand.
- 11) Vor'm Rathaus am Laternenpfahl
Will man ihn hängen zum Skandal
Doch allgemein man rufen hört:
Der Kerl ist den Strick nicht wert.
- 12) Drum wirft man ihn – was kann da
sein
Höchst schwungvoll in die Alster rein,
Die Alster aber denkt bei sich
„Igitt – dat Swin, dat mag ick nich.“
- 13) Er krabbelt glücklich sich heraus
Und schwimmt zum Tee-
Arkadenhaus
Wo man ihn erst mal trocken wringt,
Und dann nach „Numm'ro Sicher“
bringt.
- 14) Dann geht's nach Barmbek zum
Pannier
Den hackt man gleich zu Gulasch
hier.
Der Starck bekam rechtzeitig Wind,
Verduftete deshalb geschwind.
- 15) Doch was sonst zum Betrieb gehört
Man auch zum Rathausmarkte fährt.
Hängt ihnen schöne Sachen um
Und zeigt sie so dem Publikum.
- 16) Die Sülze ist in Hamburg jetzt,
Im Preise sehr herabgesetzt
Und die Moral von der Geschicht':
Wer Sülze kennt – der frißt sie nicht!

91 Siehe Philipski, Sülzeunruhen, S.110 (Dort als „Allerneuste Bummstrommel- und Paukenverse des stadt- und weltberühmten Volks- und Moritatendichters „Professor Bumke“ über die grrrosse Sülze-Revolution im Jahre des „Heil“ 1919“, Bei den Hamburgern kennt man die Moritat jedoch unter dem Titel „Lied von der Sülze“)

8. Arbeitsbericht

Zu Beginn des Schuljahres machte unser Geschichtslehrer Herr Gräf uns auf den Geschichtswettbewerb aufmerksam. Alle Teilnehmer sind Schüler seines vierstündigen Geschichtskurses auf „grundlegendem Niveau“.

Themenfindung

Nachdem im Laufe des Septembers das Thema „Ärgernis, Aufsehen, Empörung: Skandale in der Geschichte“ bekannt wurde, fand sich schnell eine Gruppe an Interessierten. Zur genauen Themenfindung recherchierten wir zunächst im Internet. Bald stießen wir auf einige interessante Hamburger Skandale. In die engere Auswahl fielen zunächst das Auftreten von Dioxinvergiftungen in den Fabriken der Firma Boehringer in Moorfleet, die Sülzeunruhen im Hamburgischen Stadtgebiet von 1919 sowie der Skandal um die Operationen des Orthopäden Bernbeck im Barmbeker Krankenhaus.

Am 23. September fand unsere Teambesprechung noch im Geschichtsunterricht statt. Nach angeregter Diskussion sollten die Sülzeunruhen zum Thema unserer Forschungsarbeit werden. An diesem Thema reizte uns besonders, dass der Skandal in der sehr unruhigen Zeit der frühen Weimarer Republik stattgefunden hat. Die Revolutionszeit von 1918/19 war zudem eine Art „Lieblingsthema“ einiger Gruppenmitglieder. Fast niemandem – nicht einmal unserem Geschichtslehrer - waren die Gedenktafeln für die gefallenen „Bahrenfelder“ in der Petrikirche und im Hamburger Rathaus bekannt.

Bereits bei unseren ersten Recherchen hatten wir herausgefunden, dass im Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg einiges Material zu den Sülzeunruhen zu finden sein würde.

Arbeitsteilung und Suche nach der Fragestellung

Die Arbeit für den Wettbewerb fand ab jetzt in unserer durch die vollen Stundenpläne doch sehr knapp bemessenen Freizeit statt.

Mit der Arbeitsteilung begannen wir am 21. Oktober. Die Zeit drängte nun immer mehr. Simon Speck und Alexander Loster übernahmen die Arbeit an der zeitlichen Einordnung des Skandals. Birte Ohm erstellte eine chronologische Übersicht über die Unruhen und Sophie Jahnke bearbeitete die Person des Generalmajors Paul von Lettow-Vorbeck, auf welchen wir die Fragestellung unserer Forschungsarbeit richten wollten.

Was waren die Motive der beteiligten Personen bei der Einberufung Lettow-Vorbecks? War die Übernahme Hamburgs durch Lettow-Vorbeck eine geplante Aktion gewesen?

Die für uns ergiebigste Fragestellung blieb bis Dezember „Sülzeunruhen 1919 – die politische Instrumentalisierung eines Lebensmittelkandals“.

Quellensuche und Archivarbeit

Da unser Skandal sich im Jahr 1919 abspielte, konnten wir natürlich keine Zeitzeugen befragen. So blieb uns nur das Staatsarchiv Hamburg als Informationsquelle. Dort hatte bisher jedoch niemand von uns gearbeitet. Mithilfe eines Leitfadens von der Internetseite des Staatsarchivs lernten wir die Arbeitsweise im Archiv kennen. Auch vereinbarten wir gemeinsam mit Herrn Gräf einen Termin mit Herrn Brakmann, dem Archivpädagogen, welcher uns über die Benutzung von Findbüchern und das korrekte Ausfüllen von Bestellformularen informierte. Auch benötigten wir noch eine Nutzungserlaubnis für das Archiv, die wir als minderjährige Teilnehmer des Wettbewerbs nur mit Unterstützung des Tutors bekommen konnten.

Die Arbeit im Archiv zog sich sehr lange hin, hauptsächlich aufgrund unserer nur sehr knappen Zeit. Mehr als ein Archivbesuch in der Woche ließ sich meistens nicht einrichten. Ohne vereinzelte Unterrichtsbefreiungen wäre die Zeit noch wesentlich knapper geworden.

Wir bestellten eine sehr große Menge an Quellen, da aus den Beschreibungen der Akten nicht wirklich ersichtlich war, ob diese für unsere Arbeit relevant sein würden. Hauptsächlich erschienen uns Berichte über die Unruhen und Zeitungsartikel eine gute Grundlage zu sein. Die Quellen ließen wir uns jedoch nicht im Archiv kopieren. Bei der großen Menge an Texten schien es uns ein zu teures Unternehmen zu sein. Stattdessen schrieben wir die Texte allesamt handschriftlich ab.

Unser Hauptproblem bei der Archivarbeit war jedoch die wirklich sehr unleserliche Kurrent-Handschrift des Kommandanten Lamp'l (StaHH, 622-1/49, Nr.9) . Nach einiger Einlesezeit stellte aber auch diese keine allzu große Hürde mehr dar.

Endgültige Festlegung der Fragestellung

Am 25. Januar wurde bei der Betrachtung der gesammelten Quellen schnell klar, dass die ursprünglich festgelegte Fragestellung bezüglich der Übernahme Hamburgs durch Lettow-Vorbeck nicht bearbeitbar war. Bei der Heranziehung der Reichswehr aus Berlin waren zu viele Personen beteiligt gewesen und wir hatten zu wenig passendes Material gefunden, um die Interessen und Motive der Beteiligten präzise herausarbeiten zu können.

Folglich mussten wir nun die Fragestellung etwas verändern. Aus verschiedenen Quellen ließ sich erkennen, dass man die Unruhen als kommunistischen Putschversuch gedeutet hatte.

Daher entschieden wir uns für die Fragestellung: „Wie bedrohlich waren die Sülzeunruhen für die junge Republik?“. Wir einigten uns außerdem schon auf einige Teile der Arbeit - eine vorläufige Gliederung entstand.

Noch im Januar begannen wir mit dem Verfassen der Texte.

Endgültige Gliederung und Fertigstellung der Arbeit

Am 5. Februar trafen wir uns mit Herrn Gräf im Gebäude der Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh, um dort in Ruhe an den Texten zu arbeiten, schließlich sollten sie bis zum 28. Februar abgeschlossen sein.

Wir präzisierten unsere Gliederung: Der einleitende erste Teil der Arbeit sollte aus einer kurzen Themenbegründung und den Texten zum historischen Kontext bestehen. Als zweiter Teil sollte eine quellengestützte Beschreibung der Unruhen folgen. Um auf das Thema der politischen Bedrohlichkeit der Unruhen einzugehen, sollte eine Analyse des ergiebigen Bürgerschaftsberichtes zur „Vorbereitung und Organisation der Unruhen“ vorgenommen werden. Den Abschluss der Arbeit sollte ein Fazit zur politischen Instrumentalisierung und Bedeutung des Skandals bilden. Personen- und Begriffsverzeichnisse sowie eine chronologische Übersicht sollten die Arbeit ergänzen.

Als „Deadline“ legten wir den 17. Februar fest. Bis dahin sollten alle unsere Texte fertig sein, damit noch genügend Zeit für die Überarbeitung bliebe. Diesen Termin konnten wir jedoch nicht ganz einhalten. Die bisher verfassten Teile der Arbeit waren zwar komplett, jedoch fehlten Inhalts-, Quellen- und Literaturverzeichnis. Ein Deckblatt war auch noch nicht erstellt worden. Innerhalb von zwei mehr oder weniger schlaflosen Nächten waren alle Texte grob korrigiert und überarbeitet.

Am Dienstag, den 22. Februar gingen wir die Arbeit noch einmal gemeinsam durch. Dabei entwickelten wir auch unsere Idee für das Deckblatt. Es sollte an das Cover der „Spurensuchen“- Zeitschrift anlehnen.

Die Überarbeitung unserer Texte nahm noch einige Zeit in Anspruch. Erst am letzten Wochenende stellten wir die Arbeit fertig, wobei uns Herr Gräf beim Korrigieren unterstützte.

Unsere Erfahrungen

Durch die Teilnahme am Geschichtswettbewerb sammelten wir eine Reihe neuer Erfahrungen. Die Archivarbeit, die mitunter doch anstrengender war als vermutet, gab uns einen interessanten Einblick in die Arbeit eines Historikers. Der enorme Zeitdruck in den letzten beiden Wochen vor Abgabetermin verlangte uns einiges ab – zu einer guten Zeiteinteilung gehört wohl auch etwas Freiraum für eventuelle Verzögerungen. Auch lernten wir, dass die erste Idee nicht zwangsläufig die beste sein muss.